

DER VORSITZENDE  
DER DEUTSCHEN  
BISCHOFSKONFERENZ

12

Wirtschaftsordnung  
und Wirtschaftsethik

Richtlinien der katholischen Soziallehre

Eröffnungsreferat  
des Kardinals Joseph Höffner  
bei der Herbstvollversammlung  
der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda,  
23. September 1985

**Joseph Kardinal Höffner**

# **Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsethik**

**Richtlinien der katholischen Soziallehre**

**Eröffnungsreferat bei der Herbstvollversammlung  
der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda**

**23. September 1985**

**Herausgeber: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz  
Kaiserstraße 163, 5300 Bonn 1**

# Inhalt

Einleitung .....	5
------------------	---

## *Erster Teil:*

<b>Die Marktwirtschaft im Licht der christlichen Soziallehre .....</b>	<b>7</b>
------------------------------------------------------------------------	----------

## *Erstes Kapitel:*

<b>Die Marktwirtschaft als idealtypisches Modell und als geschichtliche Wirklichkeit .....</b>	<b>7</b>
------------------------------------------------------------------------------------------------	----------

I. Die Marktwirtschaft als idealtypisches Modell .....	7
--------------------------------------------------------	---

II. Die Marktwirtschaft als geschichtliche Wirklichkeit .....	9
---------------------------------------------------------------	---

1) <i>Die paläo-liberale Marktwirtschaft</i> .....	9
----------------------------------------------------	---

a) Fehlentwicklungen .....	9
----------------------------	---

b) Verproletarisierung .....	10
------------------------------	----

c) Aufschrei des Gewissens: Christliche Analyse .....	11
-------------------------------------------------------	----

d) Proletarische Solidarität .....	14
------------------------------------	----

<i>Erstens: die katholische Sammlungsbewegung</i> .....	14
---------------------------------------------------------	----

<i>Zweitens: die marxistische Sammlungsbewegung</i> .....	15
-----------------------------------------------------------	----

2) <i>Der „gebändigte“ Kapitalismus</i> .....	16
-----------------------------------------------	----

a) Katholische Reformbestrebungen .....	16
-----------------------------------------	----

<i>Erstens: Die sozialreformerische Richtung</i> .....	16
--------------------------------------------------------	----

<i>Zweitens: Die sozialpolitische Richtung</i> .....	19
------------------------------------------------------	----

b) Eingreifen des Staates .....	20
---------------------------------	----

c) Neoliberale Neubesinnung .....	21
-----------------------------------	----

d) Soziale Marktwirtschaft .....	21
----------------------------------	----

e) Demokratischer Sozialismus .....	22
-------------------------------------	----

f) Neo-Marxismus .....	23
------------------------	----

## *Zweites Kapitel:*

<b>Die Marktwirtschaft im Licht der katholischen Soziallehre .....</b>	<b>24</b>
------------------------------------------------------------------------	-----------

I. Sachziel der Wirtschaft .....	24
----------------------------------	----

II. Kein Konsumismus .....	24
----------------------------	----

III. Marktmechanismus genügt nicht .....	25
------------------------------------------	----

IV. Kontrolle wirtschaftlicher Macht .....	25
--------------------------------------------	----

V. Rangordnung der Werte .....	26
VI. Kapital und Arbeit .....	27
VII. Technischer Fortschritt .....	28
VIII. Herrschaftliche Grundstruktur des Betriebes .....	29
IX. Weltweite Verantwortung .....	30
X. Sicherung des Arbeitsplatzes .....	31
XI. Umweltschutz .....	32
XII. System der Umverteilung .....	33

*Zweiter Teil:*

<b>Die Zentralverwaltungswirtschaft im Licht der katholischen Soziallehre</b> .....	34
-------------------------------------------------------------------------------------	----

*Erstes Kapitel:*

<b>Die Zentralverwaltungswirtschaft als idealtypisches Modell und als geschichtliche Wirklichkeit</b> .....	34
I. Die Zentralverwaltungswirtschaft als idealtypisches Modell .....	34
II. Die Zentralverwaltungswirtschaft als geschichtliche Wirklichkeit .....	36

*Zweites Kapitel:*

<b>Die Stellung der katholischen Soziallehre zur Zentralverwaltungswirtschaft</b> .....	39
I. Unterscheidungen .....	39
1) Paradiesischer Kommunismus .....	39
2) Familie und Kloster .....	40
II. Begründung der Ablehnung der Zentralverwaltungswirtschaft .....	41
1) Selbstverantwortung und Eigeninitiative werden ausgeschaltet .....	41
2) Warnung vor der planwirtschaftlichen Bürokratie .....	42
3) Wurzel sozialen Unfriedens .....	42
4) Gefährdung der Freiheit und Würde des Menschen .....	43

## Einleitung

In letzter Zeit hat sich bei vielen Menschen, auch bei Christen, eine Verlagerung vom personalen zum *sozialen* Verständnis der Sünde vollzogen. Das deutet ohne Zweifel auf ein geschärftes Gewissen gegenüber dem sozialen Unrecht hin, zeigt aber auch, daß sich das Gespür für die persönliche Sünde geschwächt hat. Meinen doch nicht wenige, die Sünde sei mangelhafte Selbstverwirklichung oder nicht gelungenes Angepaßtsein an die Verhältnisse. Zutiefst ist die Sünde jedoch persönliche Schuld vor Gott, ein Zurückstoßen jener Liebe, die der göttliche Vater uns in Jesus Christus offenbart hat. Der gnadenlose Mensch ist dunklen Mächten preisgegeben. Denn die Sünde ist Absonderung. Sie trennt den Menschen von Gott, von sich selbst, vom Nächsten. Auch nistet sie sich in den gesellschaftlichen Verhältnissen ein, die durch die Sünde zu Unrechtsverhältnissen entarten und zugleich selber wieder Versuchung zu neuem Bösem – zu Haß und Rache – werden, Versuchung zur Sünde, nicht Zwang zum Sündigen. Ungerechte gesellschaftliche Verhältnisse können nur analog Sünde – soziale Sünde, strukturelle Sünde – genannt werden. Der Mensch sündigt, nicht die Struktur.

Die Geschichte lehrt, daß Freiheit und Würde des Menschen weithin vom *Ordnungssystem der Wirtschaft* abhängen. Revolutionen pflegen sich nicht nur an politischer Unterdrückung und gesellschaftlicher Deklassierung, sondern häufig auch an einer als ausbeuterisch empfundenen und meistens mit politischer Herrschaft verfilzten *Wirtschaftsordnung* zu entzünden.

Weil Unterdrückung und Ausbeutung nicht nur Schuld gegenüber einem Menschen oder gegenüber der Gesellschaft, sondern Sünde vor Gott sind, wird der Christ gegen menschenunwürdige Wirtschaftssysteme leidenschaftlich ankämpfen.

Unter Wirtschaftsordnung verstehe ich das Insgesamt der Rahmenbedingungen, innerhalb derer der Wirtschaftsprozess sich vollzieht. Von der jeweiligen Wirtschaftsordnung hängt es ab, wer über den Produktionsplan, das technische Verfahren, den zeitlichen Aufbau der Produktion, die Standortfrage, den Umfang und die Art der zur Verfügung stehenden Konsumgüter und Dienste, die Preise, die Verteilung des zum Leben Notwendigen bestimmt, und ob die freie Wahl des Berufes und des Arbeitsplatzes sowie die freie Konsumwahl gewährleistet sind oder nicht. Es lassen sich zwei Grundformen der Wirtschaftsordnung unterscheiden:

die Marktwirtschaft und die Zentralverwaltungswirtschaft. Beide Systeme sind heute von weltweiter Bedeutung. Denn sie teilen die Staaten des Ostens und des Westens, des Nordens und des Südens in zwei Lager.

## **Erster Teil**

### **Die Marktwirtschaft im Licht der christlichen Soziallehre**

*Erstes Kapitel:*

*Die Marktwirtschaft als idealtypisches Modell  
und als geschichtliche Wirklichkeit*

#### *I. Die Marktwirtschaft als idealtypisches Modell*

1) In der Marktwirtschaft – als Idealtyp verstanden – stellen Haushalte und Betriebe ihre Wirtschaftspläne selbständig auf. Grund und Boden, Wohnhäuser und Produktionsmittel gehören Privateigentümern. Sie verfügen frei über ihr Eigentum. Die Ausübung eines Berufes und die Errichtung neuer Betriebe sind jedermann gestattet. Zwischen Angebot und Nachfrage herrscht vollständiger Wettbewerb. Anbieter und Nachfrager, die sich in großer Zahl auf dem Markt treffen, nehmen den Preis des anonymen Marktes als gegeben hin und rechnen bei der Geringfügigkeit ihres Angebots oder ihrer Nachfrage nicht damit, daß ihr Handeln irgendwie auf die Preisgestaltung einwirkt.

2) Schon seit Jahrhunderten haben katholische Wirtschaftsethiker die Bedeutung des Marktes erkannt. Sie waren der Meinung, daß der Wettbewerb auf dem Markt die Käufer vor überhöhten Preisen, also vor Ausbeutung zu schützen vermag. Im 16. Jahrhundert schrieb z. B. Dominikus Bañez: Entweder „sucht die Ware nach dem Käufer“, und das ist „einer der vielen Gründe, weshalb der Preis sinkt“; oder „die Käufer suchen nach Waren“; dann steigen die Preise<sup>1</sup>). Auf die Preisbildung, so lesen wir bei Johannes de Lugo, wirken die Umstände ein, die den Preiswünschen der Käufer und Verkäufer „vorausgehen“, nämlich: „Warenfülle oder Warenmangel, die Geldmenge, die größere oder geringere Zahl der Verkäufer oder Käufer und die Dringlichkeit, verkaufen oder kaufen zu müssen“<sup>2</sup>). Bei dem Württemberger Konrad Summenhart (gestorben 1502) klingt schon der Gedanke an, daß jenes Wirtschaftssystem vorzuziehen sei, welches – nach einem Wort Oswald von Nell-Breunings – mit einem „Minimum an Moral“ auskomme. Wer im Wettbewerb steht, schreibt Summenhart, „hat weniger die Stirn und Möglichkeit, seine Waren zu Wucherpreisen zu verkaufen“, als derjenige, „der als einziger solche Waren führt“; denn wenn er es wagt, überhöhte

Preise zu fordern, „würden die Leute von ihm weg zu anderen abwandern, die billiger verkaufen“. Er *kann* also den Preis nicht beliebig hoch festsetzen, „auch wenn er seiner Gesinnung nach gern zu Wucherpreisen verkaufen *möchte*“<sup>3</sup>). Die Preise, so erklärte auch Ludwig Molina, „sind nicht nach dem Gewinn und Verlust der Kaufleute zu bestimmen, sondern nach der gesellschaftlich bedingten Wertschätzung (communis aestimatio) an dem Ort, wo die Waren verkauft werden“<sup>4</sup>). Das damals unter Kaufleuten übliche Wort, eine Ware sei so viel wert als man auf dem Markt dafür bekomme, ist, wie Martin von Azpilcueta zu Beginn des 17. Jahrhunderts schrieb, richtig, wenn jener Preis gemeint ist, den man „an diesem Ort, zu dieser Zeit, nach dem üblichen Handelsbrauch und bei Barzahlung“ erhält, falls „jedes Monopol, jeder Betrug und jede Arglist“ ausgeschlossen sind<sup>5</sup>). Scharf zurückgewiesen werden die Monopolisten, die sich zu Herren der Preise machen und durch das Monopol gleichsam zu „einem einzigen Verkäufer“, zu einer „Ainshand“ (zu „einer Hand“) mit einem „einhändigen Handel“ werden. Im 15. und 16. Jahrhundert hatte das Wort „Monopol“ einen ähnlichen, gefühlsbetonten Klang wie heute das Schlagwort „Kapitalismus“.

Zu Unrecht wirft man den katholischen Wirtschaftsethikern früherer Jahrhunderte vor, ihre Lehre sei „statisch“ gewesen; denn sie hätten jedem seinen durch Abstammung und Stand zugewiesenen Platz in Gesellschaft und Wirtschaft sichern wollen. Ludwig Molina erteilt der „Idee der Nahrung“ eine deutliche Absage. Er schreibt: „Alle Bevölkerungsschichten im Staat haben das Recht, auf eine höhere Stufe emporzusteigen, wenn es das Los für jeden so mit sich bringt. Keinem ist ein bestimmter Rang in der Weise geschuldet, daß er weder hinab- noch hinaufsteigen könnte.“<sup>6</sup>)

Es wäre allerdings irrig, in den katholischen Wirtschaftsethikern des 15. und 16. Jahrhunderts gleichsam die Großväter des wirtschaftlichen Liberalismus zu sehen. Es ging jenen Theologen um die Freiheit und Würde der Menschen, die sich in ihren Entscheidungen auf dem Markt nicht am Eigennutz, sondern wie die Theologen immer wieder schreiben, an der „gesellschaftlich bedingten Wertschätzung“ orientieren müssen<sup>7</sup>).

3) Von anderen Vorstellungen ging der ökonomische Liberalismus aus, der im Zeitalter der Aufklärung das idealtypische Modell der freien Marktwirtschaft systematisch dargestellt hat. Adam Smith (1723–1790) war davon überzeugt, daß die Wirtschaft – ähnlich wie das Weltall – eine vorgegebene natürliche Ordnung, eine „prästabilierte Harmonie“ besitze, in der alles von selber richtig laufe, wenn man die natürlichen Kräfte –

Freiheit, Leistungswille und Wettbewerb – sich entfalten lasse. Der Mensch dürfe in dieses natürliche System nicht eingreifen; sonst gerate alles in Unordnung. Die Sorge „für die allgemeine Glückseligkeit“ sei „das Geschäft Gottes und nicht das des Menschen“<sup>8</sup>). Der einzelne erstrebe „immer nur seinen eigenen Gewinn“; dabei werde er jedoch „von einer unsichtbaren Hand geführt“, so daß er unbewußt und unbeabsichtigt zugleich dem allgemeinen Wohl diene<sup>9</sup>).

Selten sind auf die Wirtschaft so große, geradezu pseudo-theologische Hoffnungen gesetzt worden, wie zu Beginn des industriellen Zeitalters<sup>10</sup>). In einem rührenden Optimismus glaubte man, nunmehr werde eine Epoche allgemeinen Wohlstandes für alle Schichten des Volkes anbrechen.

## *II. Die Marktwirtschaft als geschichtliche Wirklichkeit*

Zu Beginn des industriellen Zeitalters befand sich die abendländische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in einem tiefgreifenden Umbruch. Die tausendjährige herrschaftsständische Ordnung brach in der Französischen Revolution zusammen. Das Bürgertum, der Dritte Stand, drängte politisch, wirtschaftlich und kulturell nach oben und entmachtete die privilegierten Stände des Feudalsystems. Die Bauern, bisher der breite Unterbau der herrschaftsständischen Pyramide, wurden von Hörigkeit und Leibeigenschaft befreit. Es sollte überhaupt keine unterjochten Stände mehr geben.

Mit dem Ruf nach politischer Freiheit verband sich die Forderung nach *wirtschaftlicher* Freiheit. Nur die Leistung freier, selbstinteressierter Menschen bringe Wohlstand. Man habe noch niemals erlebt, meinte Adam Smith, „daß diejenigen viel Gutes bewirkt hätten, welche die Miene annahmen, für das allgemeine Beste Handel zu treiben“; wenn jeder „sein eigenes Interesse“ verfolge, so fördere er „das (Interesse) der Nation weit wirksamer, als wenn er dieses wirklich zu fördern die Absicht hätte“<sup>11</sup>)

### *1) Die paläo-liberale Marktwirtschaft (Manchester-Liberalismus)*

#### *a) Fehlentwicklungen*

Papst Johannes Paul II. nennt die nach den Vorstellungen des alten ökonomischen Liberalismus gestaltete Wirtschaft einen „primitiven Kapi-

talismus“<sup>12</sup>). Auch die Anhänger des Neoliberalismus erkennen die Fehlentwicklung des alten Liberalismus an und suchen sich von ihm zu distanzieren. So spricht z. B. Alexander Rüstow von der „schweren pathologischen Degenerationsform der Marktwirtschaft des 19. und 20. Jahrhunderts“, die durch das „Überwuchern marktwirtschaftsfremder und -feindlicher herrschaftlich-monopolistischer Tendenzen“ von innen her zerstört worden sei<sup>13</sup>). Damit wird nicht geleugnet, daß Eigeninteresse und Wettbewerb ihre Dynamik haben. Das industrielle Zeitalter hat in der Tat gewaltige wirtschaftliche Leistungen vollbracht. Gestützt auf die Naturwissenschaften und angelockt durch die neuen Möglichkeiten der freien Konkurrenz bemächtigte sich der Mensch systematisch der bisher verborgenen Kräfte der Natur. Er bannte sie in die physikalische, chemische und biologische Technik, die in stürmischer Entwicklung zur Grundlage der modernen Wirtschaft und zum Skelett unserer Zivilisation geworden ist. Eine Erfindung und Entdeckung jagte die andere. Das Durchschnittsalter der Menschen stieg von 35 auf mehr als 70 Jahre. Der Lebensstandard auch der breiten Schichten hob sich beträchtlich. Max Horkheimer von der Frankfurter Schule erkennt an, daß sich „die soziale Lage des Proletariats . . . ohne Revolution verbessert“ hat; das „gemeinsame Interesse“ sei „nicht mehr die radikale Veränderung der Gesellschaft“<sup>14</sup>). Im Entwurf des Hirtenbriefes der Bischöfe der Vereinigten Staaten von Amerika „Die katholische Soziallehre und die amerikanische Wirtschaft“ heißt es: „Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten hat die materiellen Bedürfnisse ihrer Bürger ungeheuer erfolgreich befriedigt und den Lebensstandard gehoben. Unser Volk gehört zu den reichsten der Welt.“<sup>15</sup>)

### *b) Verproletarisierung*

Dennoch hat die Ära des ökonomischen Liberalismus zu einem gefährlichen sozialen Unbehagen geführt und die „Soziale Frage“ heraufbeschworen. Allen optimistischen Erwartungen zum Hohn ist vor allem in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts unsagbares Elend über die Arbeiterschaft gekommen. Kennzeichen waren niedrige Löhne, lange Arbeitszeit, Frauen- und Kinderarbeit. Wenn jemals für die Arbeiterschaft des industriellen Zeitalters der Name „Proletariat“ zutreffend gewesen ist, so in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Mit den Bindungen der Hörigkeit hatten viele Menschen zugleich ihre soziale Sicherheit auf den Bauernhöfen verloren. Sie strömten in die Fabriken. Es hatte freilich auch im vorindustriellen Zeitalter ungeborgene Menschen gegeben: die Bett-

ler, die in manchen Städten 7 bis 10% der Bevölkerung ausmachten. So zählte z. B. Köln im Jahre 1476 bei 40 000 Einwohnern rund 3000 Bettler. Sie wurden zu Beginn des industriellen Zeitalters nicht selten mit Polizeigewalt in die Fabriken geschafft, so daß Gerhart von Schulze-Gävernitz meint: „Nicht der Arbeiter wurde zum Pauper ..., sondern der Pauper wurde Fabrikarbeiter.“<sup>16)</sup> Dieses Urteil dürfte einseitig sein. Für manche Schichten ist auch die Fabrik „Ursache des Elends“ gewesen. Viele bisher Selbständige sind durch die Fabrik brotlos geworden, z. B. manche Handwerker, vor allem die Weber. Aber bald begann eine weitere Quelle des Proletariats zu fließen, die für das Anschwellen der Proletariatsmassen wohl am bedeutsamsten gewesen ist: der zahlreiche Nachwuchs. Gerade das 19. Jahrhundert ist für Europa das kinderreichste gewesen. Im Zeitraum von 1800 bis 1930 stieg die Bevölkerung Europas von 187 auf 490 Millionen.

### *c) Aufschrei des Gewissens: Christliche Analyse*

Nicht selten wird behauptet, die deutschen Katholiken hätten das Elend der Proletarier im 19. Jahrhundert nicht gesehen. Erst die Marxsche Analyse habe den Menschen die Augen geöffnet. Dieses Urteil entspricht nicht den Tatsachen. Längst vor Karl Marx haben führende Kreise im deutschen Katholizismus die Lage der Arbeiter untersucht. Die Soziallehre der Kirche hatte damals noch nicht zu den neuen sozialen Entwicklungen Stellung genommen. Jene Katholiken handelten aus ihrem christlichen Gewissen. Ihre Analyse kam zu folgendem Ergebnis:

#### *Erstens: Zügellose Konkurrenzwirtschaft*

Man brandmarkte als Hauptschuldigen den Liberalkapitalismus mit seiner zügellosen Konkurrenzwirtschaft. Adam Müller nannte 1816 – zwei Jahre vor der Geburt von Karl Marx – die Konkurrenz- und Geldwirtschaft „die allgemeinste Offenbarung jenes antisozialen Geistes, jenes hoffärtigen Egoismus ..., welche die schrecklichen Revolutionen der letztverflossenen 30 Jahre erzeugt haben“<sup>17)</sup>. Der Koblenzer Jurist und Politiker Peter Franz Reichensperger schrieb 1847, – ein Jahr vor dem „Kommunistischen Manifest“ – es sei seit Adam Smith „gewissermaßen Lehrdogma“ geworden, „daß aus dem Vorteil aller einzelnen der der Gesamtheit sich erbaue“. Diese „einseitige und kurzsichtige Theorie“ übersehe, „daß der Gewinn des einzelnen, welcher mit dem zehnfachen Verlust anderer erkauft werde“, kein Gewinn, sondern Raubbau sei. Das „in seine äußersten Konsequenzen getriebene Prinzip der unbeschränkten Konkurrenz“

sei „dem Hunger vergleichbar, der nicht bloß zum Fleiße und zur Anspannung aller Kräfte treibt, sondern auch ... zu Akten der Verzweiflung und zur Mißachtung jedes Rechtsgefühls führt“. Die Konkurrenz lehre „jenen äußersten Egoismus der Habsucht, welcher in fieberhafter Wut das eigene industrielle Glück auf den Trümmern des rücksichtslos zerstörten Daseins hundert anderer aufbaut, ja sie fällt vielleicht innerlich mit demselben zusammen“<sup>18</sup>).

### *Zweitens: Klassenspaltung*

Es droht der Klassenkampf. Im Jahre 1823 schrieb der Mainzer „Katholik“, die Entwicklung gehe dahin, die menschliche Gesellschaft in zwei Klassen, „in Prasser und hungernde Bettler, in Menschen und Lastvieh, in Reiche und Arme gänzlich auszuscheiden“<sup>19</sup>).

### *Drittens: Uferlose Industrialisierung*

Sie gefährdet den Menschen. Adam Müller beklagte sich 1816 darüber, daß die Unternehmer, diese „neuen Priester der Industrie“, mit „Zuversichtlichkeit und Behaglichkeit“ von der „Weltherrschaft der Industrie“ träumten, ohne einzusehen, daß „die lasterhafte Tendenz der Teilung der Arbeit“ die Menschen „in Räder, Drillinge, Walzen, Speichen, Wellen usw.“ zerschneide, ihnen damit die Ganzheit raube und sie sittlich und religiös zersetze<sup>20</sup>).

### *Viertens: Verelendung der Proletarier*

In den schwärzesten Farben haben insbesondere die von Josef Görres gegründeten „Historisch-politischen Blätter“ das Elend des Proletariats dargestellt. Im ersten Jahrgang (1838) dieser Zeitschrift heißt es: Während man „innerhalb und außerhalb der Kammern unendlich viel über abstrakte Staatstheorien ..., über Volkssouveränität ... usw. hin- und herdebattiere“, stehe „der Hunger in Lumpen gehüllt, ungeduldig draußen vor der Türe, klopfe mit drohendem Finger an und verlange Brot und Kleid“<sup>21</sup>). Auch Peter Franz Reichensperger hat längst vor Karl Marx erschütternde Bilder des Proletariatelends entworfen. Er nennt die Fabriken „Brutnester der Korruption und der Prostitution“. Am schrecklichsten sei die Ausbeutung der Kinder. „Oder ist es wohl zuviel gesagt, daß für jene unglücklichen, hilflosen Geschöpfe das Leben ein Fluch, ja eine Hölle ist.“ „Kann eine Arbeit dem Lande Glück und Segen bringen,

welches solche Greuel in seiner Mitte duldet, während es Gesetze zum Schutz der Nachtigallen und gegen Tierquälerei erläßt?<sup>22</sup>) – In Frankreich protestierte im Jahre 1845 Kardinal-Erzbischof Giraud von Cambrai in einem Hirtenbrief über die Arbeiterfrage gegen „die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“<sup>23</sup>), eine Redeweise, die nicht von Karl Marx stammt, sondern 1829 von den französischen Saint-Simonisten geprägt worden ist<sup>24</sup>).

#### *Fünftens: Gefahr des Kommunismus*

Das Erbe des Liberalkapitalismus wird der Kommunismus sein. Ein Jahr vor dem Kommunistischen Manifest, im Herbst 1847, schrieben die „Historisch-politischen Blätter“, die proletarische Revolution werde „einen pseudomystisch-fanatischen Charakter“ annehmen und ein „apokalyptisches Reich der Zukunft“ aufzubauen versuchen<sup>25</sup>). Der Kommunismus, so heißt es einige Jahre später, sei „durchaus nicht eine Unmöglichkeit“, sondern „eine Konsequenz des politischen Entwicklungsganges in Europa und eben deswegen die Gefahr vor ihm dringender als man glaubt“<sup>26</sup>). Die Knechtschaft werde „wie ein schweres Gewitter von Osten her über unsere ratlosen Häupter“ ziehen und „jenes bekannte, aus Leder geflochtene östliche Regierungs- und Beglückungsinstrument“ schwingen<sup>27</sup>).

#### *Sechstens: Indoktrination durch Ideologen*

Es wird beklagt, daß aus der Bourgeoisie stammende Ideologen die Arbeiter zu verwirren und zu verhetzen suchten. „Sind es Proletarier“, so liest man 1847 in den „Historisch-politischen Blättern“, „welche die Druckpressen unter gottesleugnerischen Pamphleten ... seufzen machen? . . . Keineswegs, es sind sehr gebildete Advokaten, sehr reiche Kaufleute, Gutsbesitzer, ja die Beamten selbst ... So widersinnig es klingt, so ist es doch wahr, daß die Gebildeten und Reichen selbst den Proletariern Brandbriefe in die Hände geben, mit der dringenden Bitte: Plündert uns, zündet unsere Häuser an, schlagt uns tot ... Wir appellieren an die Geschichte; vielleicht bewahrt sie unsere Berufung auf“<sup>28</sup>). „Da haben sie auf den Barrikaden gestanden“, schrieb Adolph Kolping 1848, „und für die Schwätzer hat das Blut armer Handwerksburschen fließen müssen“<sup>29</sup>).

#### d) *Proletarische Solidarität*

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist der Arbeiterschaft in Deutschland die große geschichtliche Tat gelungen, sich ihrer Klassenlage bewußt geworden zu sein und sich solidarisch zusammenzuschließen. Peter Franz Reichensperger hat 1847 Worte niedergeschrieben, die ein Jahr vor dem Kommunistischen Manifest fast seherisch klingen: „Wer bürgt dafür, daß nicht abermals ein Spartakus erstehe und (den Proletariern) wiederum wie vor 1900 Jahren zurufe: Wenn wir die Macht der größten Zahl haben, wenn beinahe die ganze Menschheit Sklave einer Horde ist, die alles genießt und alles mißbraucht, wer hindert uns, uns zu erheben, unsere Arme in dieser Welt auszustrecken und die Götter zu bitten, daß sie zwischen uns und unseren Bedrückern entscheiden?“<sup>30</sup>) – Der Appell zum Zusammenschluß der Proletarier stammt nicht von Karl Marx.

Nun bedeutet Solidaritätsbewußtsein zunächst nur die Bereitschaft und den Willen zum Zusammenschluß. Welcher Geist die Solidarität prägen würde, war damit noch nicht gesagt, aber von entscheidender Bedeutung; denn erst die geistige Ausrichtung konnte den Zusammenschlüssen ihre Zielsetzung, ihren Inhalt, ihr Programm, ihre Methode geben. Nun rangen damals vor allem zwei Bewegungen um die Arbeiterschaft: die christliche und die sozialistische.

*Erstens: Die katholische Sammlungsbewegung* erhielt durch Adolph Kolping mächtige Anregung. Seine Gesellenvereine breiteten sich rasch aus. Im Jahre 1864 zählte man 420 Vereine mit 60 000 Mitgliedern, eine für jene Zeit machtvolle Entwicklung, wenn man bedenkt, daß der von Ferdinand Lassalle gegründete „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“ 1864 erst 4610 Mitglieder zählte.

Nach dem Muster der Kolpingschen Gesellenvereine entstanden anfangs der 60er Jahre im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet die „*Christlich-sozialen Arbeitervereine*“, die nach kurzer Zeit allein im Ruhrgebiet mehr als 30 000 Mitglieder zählten. Sie erhoben energische Forderungen: einen der Arbeitsleistung entsprechenden Lohn, Kürzung der Arbeitszeit entsprechend den gesundheitlichen, geistigen und religiösen Bedürfnissen der Arbeiter, Arbeitsruhe an den Sonn- und Feiertagen und vor allem das Verbot der Fabrikarbeit schulpflichtiger Kinder. Die „Christlich-sozialen Arbeitervereine“ fielen dem Kulturkampf zum Opfer. In den 80er und 90er Jahren nahm die christliche Sozialbewegung jedoch neuen Aufschwung. Es entstanden folgende Organisationen: die Katholischen

Arbeitervereine, der Volksverein für das katholische Deutschland und die Christlichen Gewerkschaften. Den Christlichen Gewerkschaften lag der richtige Gedanke zugrunde, daß es eine berechnete Auseinandersetzung zwischen den sozialen Klassen geben kann, freilich nicht mit dem Ziel, den Gegner zu vernichten, sondern einen gerechten Ausgleich zu finden und auf diese Weise zu einer gerechten Sozialstruktur zu gelangen. Nicht selten fielen scharfe Worte. So liest man z. B. im „Bergknappen“, der Zeitung des Christlichen Gewerkvereins, am 2. Dezember 1905: „Wir erstreben nicht als Endziel die Beseitigung der jetzigen Gesellschaftsordnung und die Einführung des sozialistischen Zukunftsstaates, sondern wir wollen den uns zukommenden Teil an den Kulturgütern; gibt man uns denselben nicht freiwillig, so werden wir ihn uns erkämpfen. Hierbei hindert uns das Christentum nicht.“ In seiner Enzyklika über die menschliche Arbeit erklärt Papst Johannes Paul II., daß der „Sturm der Solidarität“, der sich im 19. Jahrhundert gegen die „Erniedrigung des Menschen und gegen die „unerhörte Ausbeutung auf dem Gebiet der Löhne, der Arbeitsbedingungen und der Vorsorge für die Person des Arbeiters“ erhoben habe, „sozial-moralisch gerechtfertigt“ gewesen sei<sup>31</sup>).

*Zweitens:* Als leidenschaftlicher Gegenspieler der christlichen Sozialbewegung suchte der *Marxismus* die Arbeitermassen unter seine Fahne zu sammeln, was zunächst allerdings nur schwer gelang. Noch in den 70er Jahren war die sozialistische Bewegung verhältnismäßig schwach. Aber gegen Ende des Jahrhunderts schwoll sie immer mehr an. Für Karl Marx war die christliche Arbeiterbewegung ein Dorn im Auge. Als 1869 der deutsche Katholikentag in Düsseldorf stattfand, hielt sich Karl Marx bei seinem reichen Vetter, dem aus Holland stammenden Fabrikbesitzer Karl Philips, in Aachen auf. Am 25. September 1869 schrieb Karl Marx an Friedrich Engels: „Bei dieser Tour durch Belgien, Aufenthalt in Aachen und Fahrt den Rhein herauf habe ich mich überzeugt, daß energisch, speziell in den katholischen Gegenden, gegen die Pfaffen losgegangen werden muß. Ich werde in diesem Sinne durch die Internationale wirken. Die Hunde kokettieren (z. B. Bischof Ketteler in Mainz, die Pfaffen auf dem Düsseldorfer Kongreß usw.), wo es passend scheint, mit der Arbeiterfrage.“<sup>32</sup>)

Die Analyse der sozialen Verhältnisse, wie sie führende deutsche Katholiken im vorigen Jahrhundert gegeben haben, ist zutreffender und heute für die Dritte Welt wertvoller als die sogenannte marxistische Analyse. Pater Andreas Müller OFM sagte zwar noch kürzlich in einem Vortrag, daß manche Befreiungstheologen „glauben, daß von allen sozialwissenschaft-

lichen Methoden die Marxsche Analyse des Kapitalismus immer noch die genaueste ist<sup>33</sup>). Die Marxsche Analyse hat sich in allen entscheidenden Aussagen als falsch erwiesen: In den fortgeschrittenen Industriestaaten ist „die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft“ nicht gewachsen. Der Kommunismus hat sich nicht in den Ländern durchgesetzt, in denen die Industrie am meisten fortgeschritten ist, sondern in Agrarländern, und zwar nicht durch Dialektik, sondern durch Waffengewalt. Es kam in den Industriestaaten nicht, wie Karl Marx prophezeite, zur „Zersetzung der handwerksmäßigen Tätigkeit“<sup>34</sup>). Im Gegenteil, in der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland nimmt das Handwerk mit 3 728 000 Beschäftigten eine bedeutende Stellung ein. – Was man „marxistische Analyse“ nennt, ist entweder schon vor Karl Marx ausgesprochen worden, oder es hält der Kritik nicht stand. Auch die Marxsche Grundkategorie des „Mehrwertes“ ist unhaltbar.

## 2) Der „gebändigte“ Kapitalismus

Es ist verständlich, daß angesichts der Verelendung breiter Schichten der Arbeiterschaft nach Abhilfe gesucht wurde.

a) *Auf katholischer Seite* waren es wiederum vor allem Laien, die – längst vor der Epoche der Päpstlichen Sozial-Enzykliken – konkrete Vorschläge zur Lösung der Sozialen Frage unterbreiteten. Ein einheitliches Programm gab es nicht. Man mag das bedauern, aber gerade die Unterschiede in den Programmen zeigen, daß Katholiken in vielen praktischen Fragen unbeschadet ihres Glaubens verschiedener Meinung sein können. Zwei Richtungen rangen miteinander: eine sozial-reformerische und eine sozial-politische. Beide Richtungen bekannten sich zur marktwirtschaftlichen Ordnung, suchten jedoch auf verschiedene Weise den paläo-liberalen Kapitalismus zu „bändigen“.

*Erstens: Die sozial-reformerische Richtung*, die vor allem in Süddeutschland und in Österreich beheimatet war, schlug zwei Maßnahmen vor, von denen die eine die Wirtschaftsordnung, die andere die Betriebsverfassung betraf.

Die Wirtschaft, so wurde gefordert, müsse eine „ständische Organisation“ erhalten. Baron von Vogelsang nannte die berufsständische Ordnung ein „sozial-politisch inkarniertes Christentum“. Zu den Ständen der Bauern und Handwerker müsse der neue Stand „der an der Großindustrie Betei-

ligten“ treten, so daß die Arbeiterschaft organisch in die zu errichtenden industriellen Körperschaften eingegliedert werde<sup>35</sup>). Unser ganzes Leben, so meinte 1880 auch Franz Hitze, müsse „wieder ständisch“ werden, „von der Politik bis zum — Vergnügen“; denn „die politische Organisation der Stände“ führe „zur wirtschaftlichen: in Produktion, Konsumtion, Distribution, zur geistig-sittlichen in Erziehung und Vergnügen“. Diese Idee sei „eine großartige und . . . eine eminent katholische“<sup>36</sup>).

Gegen eine „ständische Organisation“ der Wirtschaft ist eingewandt worden, solche Organisationen würden zu „Interessentenhaufen“ entarten<sup>37</sup>). Diese gewiß ernstzunehmende Gefahr kann nur ein von den ständischen Organisationen unabhängiger Staat abwehren. Immerhin ist zu bedenken, daß, wie Goetz Briefs bemerkt, die pluralistische Ära „kein autonomes Struktur- und Funktionsprinzip für Wirtschaft und Gesellschaft“ besitzt<sup>38</sup>). Es ist auch heute nicht überholt, sich über das Miteinander der verschiedenen Sektoren der Wirtschaft Gedanken zu machen, wie es die beiden Sozialenzykliken „Quadragesimo anno“ und „Mater et Magistra“ anregen, nämlich „leistungsgemeinschaftliche Gebilde eigenen Rechts“ zu schaffen<sup>39</sup>), in denen das Schwergewicht bei den „gemeinsamen Angelegenheiten“ liegen muß, deren „bedeutsamste“ diese ist, „zum allgemeinen Wohl des Gesamtvolkes möglichst fruchtbar“ zusammenzuwirken<sup>40</sup>).

Des weiteren forderte die sozial-reformerische Richtung den *Umbau der Betriebe in Produktivgenossenschaften*. Diese Idee stammt aus Frankreich (Bucheze, Louis Blanc). Sie wurde in Deutschland von Lassalle und auf katholischer Seite von Bischof Ketteler, Baron von Vogelsang, Franz Hitze und anderen aufgegriffen. Bischof Ketteler nannte es „unbillig“, daß „der überschießende Gewinn ausschließlich dem toten Kapitale und nicht auch dem verwendeten Fleisch und Blut zufalle“. Der Arbeitnehmer setze nämlich „sein Fleisch und Blut“ ein und verarbeite „täglich ein Stück seines Lebens“. Es gelte, „den Arbeiter zum Teilnehmer ..., zum Miteigentümer“ zu machen; er hätte dann „seinen Tagelohn und später seine Dividende“<sup>41</sup>).

Auch der junge Franz Hitze erklärte 1877: „Die Produktivassoziation ist und bleibt das Ideal unserer sozialen Bestrebungen“; jedoch muß „ein anderer Geist unsere Arbeiter beseelen ...; nur Ordensregel und Klostergeist macht eine gesunde Produktivassoziation möglich, jener Geist, der die großen Benediktinerklöster schuf“<sup>42</sup>).

Der Vorschlag, die Produktivgenossenschaften gleichsam als „klösterliche Fabriken“ zu gründen, ist in jenen Jahrzehnten immer wieder im Schrifttum und in den Reden der Katholikentage unterbreitet worden. So

erklärte z. B. am 23. September 1863 der Schweizer Kapuziner Theodosius Florentini in einer Rede auf dem Frankfurter Katholikentag: „Ich bin nur Mönch, aus demjenigen Orden, von dem man sagt, er sei ein Bettelorden.“ „Indessen hat der Herr trotzdem Gnade gegeben, drei Fabriken einzurichten. Ich bin also ein fabrikbesitzender Bettler.“ Die Französische Revolution habe Hunderte von Klöstern aufgehoben. Aber, „da mir gestern ein Herr gesagt hat: Eichen und Mönche sterben nicht aus, so werden neue Klöster in anderer Form wieder erstehen; es müssen die Fabriken zu Klöstern werden! (Bravo!)“. „Weil die Fabrikdirektoren kostspielige Leute sind ..., habe ich barmherzige Schwestern hingeschickt, damit sie die Fabrik in ein Kloster umwandeln. Es sind dort jetzt zehn Schwestern: die eine hat die Oberaufsicht, die zweite und dritte leiten das Comptoir, führen die Buchhaltung und die Korrespondenzen, die vierte und fünfte überwachen die Säle ... Und wie geht es nun? ... Morgens sechs Uhr erscheinen die Arbeiter; dann wird gemeinschaftlich in einem Saale das Morgengebet verrichtet und der Angelus Domini gebetet. Darauf geht man an die Arbeit wie in anderen Fabriken. Die Schwestern gehen in den Sälen auf und nieder und geben darauf acht, daß die Hausordnung gehörig beobachtet wird; gegen 11 Uhr sammeln sich die Arbeiter im gleichen Saale und gehen nach kurzem Gebet zum Mittagessen nach Hause, erscheinen um 1 Uhr und scheiden um 7 Uhr wieder, nachdem sie gemeinschaftlich gebetet haben ... Und der Erfolg ist der, daß wir dieses Jahr ... einen Überschuß gehabt haben von 9000 österreichischen Gulden.“ Die Aktien werden „lediglich abgesetzt bei Arbeitern, damit sie den Genuß der Dividende für sich haben (bravo!) und dadurch in den Stand gesetzt werden, für ihre Zukunft zu sorgen und einen gewissen Grad von Wohlstand sich zu erwerben“<sup>43</sup>). – Zwei Jahre später, nach dem Tode Pater Florentinis (gestorben 15. 2. 1865), brachen die Fabriken zusammen.

Die Idee der Betriebsgenossenschaft hat eine gewisse Verwandtschaft mit dem Laborismus, d. h. mit jenem System, in dem nicht das Kapital die Arbeiter durch den Lohnvertrag einstellt, sondern umgekehrt die Arbeitnehmer das Unternehmen von den Eigentümern pachten und es in eigener Verantwortung leiten. Pater von Nell-Breuning meint mit Recht, daß „bisher noch niemand einen gangbaren Weg gefunden hat“, wie sich der Laborismus erfolgreich verwirklichen lasse. Man könne deshalb dieses System nicht fordern, ja „nicht einmal empfehlen“, man müsse sich vielmehr darauf beschränken, seine Sympathie dafür auszudrücken und „zu wünschen, es möge gelingen, eine praktikable Lösung zu finden“.

*Zweitens: Die sozial-politische Richtung*, die besonders im Rhein- und Ruhrgebiet viele Anhänger hatte, stand den Vorschlägen der sozial-reformerischen Richtung skeptisch gegenüber. Auch Franz Hitze hat sich in späteren Jahren dieser Richtung zugewandt und bemerkt, er habe „noch vieles hinzugelernt, namentlich aber, daß mit allgemeinen Redewendungen und Forderungen in der sozialen Politik wenig getan sei“<sup>44</sup>). Das Programm der sozial-politischen Richtung läßt sich so zusammenfassen: *Das Lohnsystem* kann nicht als unsittlich und der Menschenwürde widersprechend bezeichnet werden, so daß die Umwandlung der Betriebe in Produktivgenossenschaften nicht als christliche Forderung erhoben werden kann. Erst jüngst hat auch Papst Johannes Paul II. erklärt, daß das Lohnsystem mit der Menschenwürde des Arbeitnehmers vereinbar sei, wenn man die Produktionsmittel „nicht gegen die Arbeit“ und „nicht um des Besitzes willen“ besitze<sup>45</sup>).

*Arbeitsschutz und Sozialversicherung*. Ritter von Buß forderte am 25. April 1837 in einer denkwürdigen Rede im Badischen Landtag die Beschränkung der Kinderarbeit, die Verkürzung der Arbeitszeit, Bau- und Gesundheitspolizeiaufsicht in den Betrieben, Schutzvorrichtungen an gefährlichen Maschinen, Sonntagsruhe, Kranken- und Hilfskassen usw.<sup>46</sup>). Peter Franz Reichensperger betonte 1847 mit Recht, daß die Gesamtheit der Nation die durch die Sozialpolitik etwa herbeigeführte „Verteuerung der Manufakturzeugnisse . . . als eine unabweisliche Last des sozialen Lebens“ hinnehmen müsse<sup>47</sup>).

*Gewinnbeteiligung und Eigentumsbildung* wurden auch von der sozial-politischen Richtung gefordert. Auf diese Weise wird, so schrieb Peter Franz Reichensperger, „jeder Arbeiter bei dem Resultat seiner Arbeit und bei dem Gedeihen der Fabrikanstalt direkt beteiligt“ und ihm das Bewußtsein eingeflößt, „nicht lediglich für einen Dritten, sondern auch für sich selber gut oder schlecht zu arbeiten“<sup>48</sup>). Adam Müller hatte es schon 1819 seine Hauptsorge genannt, „demjenigen Teil der Nation, welcher durch unser Geld- und Fabriksystem die Wurzel seines Daseins verloren hat und der gleichsam als Tagelöhner, als heimatloser Einlieger oder vergänglicher Mietsmann . . . außer den eigentlichen bleibenden Umkreis des Staates gestellt worden sei, nicht bloß zu einem kleinen Kapital, sondern zu einem Zustande (état, status) in Natura zu verhelfen“<sup>49</sup>).

*Förderung kleiner oder mittlerer selbständiger Existenzen.* Zur Stärkung der bäuerlichen Familienbetriebe forderte Ritter von Buß 1837 die Schaffung eines „umfassenden Agrikulturgesetzes“ sowie die Gründung „landwirtschaftlicher Versicherungsanstalten, Musterwirtschaften, Landwirtschaftsschulen, landwirtschaftlicher Vereine und Kassen“. Das Handwerk sei durch die Schaffung einer Gewerbeordnung und durch die Hebung der Lehrlingsausbildung zu fördern.

### *b) Eingreifen des Staates*

Es ist nicht zuletzt eine Folge all dieser Forderungen und eine Antwort auf den Aufbruch der proletarischen Solidarität gewesen, daß sich der Staat im 19. Jahrhundert der „Sozialen Frage“ angenommen hat. Aus Furcht vor der organisierten Arbeiterschaft und wohl auch aus einer gewissen Unruhe des schlechten Gewissens begann die bürgerliche Gesellschaft, die Fundamente des heute so imposanten Gebäudes der Sozialen Sicherheit zu legen. Während der Arbeiterschutz – Schutz der Kinder, der Jugendlichen, der Frauen – von England ausgehend schon seit Beginn des 19. Jahrhunderts tastend und zögernd eingesetzt hatte, ist die Sozialversicherung Bismarcks Werk gewesen. Der kluge Staatsmann wollte den Arbeiter durch die Sozialversicherung von der Existenzunsicherheit befreien. Der Arbeiter habe ein Recht auf Arbeit, wenn er gesund sei, ein Recht auf Pflege, wenn er krank sei, ein Recht auf Versorgung, wenn er alt sei. Warum solle nicht der Soldat der Arbeit eine Pension haben, wie der Soldat der Armee und wie der Beamte? Das sei „praktisches Christentum in gesetzlicher Betätigung“<sup>50</sup>). Heute ist der sogenannte „freie Arbeitsvertrag“ der Vereinbarung des einzelnen Arbeitgebers mit dem einzelnen Arbeitnehmer entzogen und „inhaltlich vorwegbestimmt“: durch den gesetzlichen Schutz der Jugendlichen und der Frauen, durch das Verbot der Kinderarbeit, durch die soziale Sicherung bei Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit und im Alter, durch die Sicherung der Freizeit und des Urlaubs, durch die Einrichtung der Betriebsräte, durch die Gewährung des Mitbestimmungsrechts, durch die Errichtung der Arbeitsgerichte usw.

Dazu kommt der große Einfluß, den der Staat, öffentlich-rechtliche Körperschaften und internationale Organisationen durch wirtschaftspolitische Maßnahmen ausüben. Die Wirtschaftspolitik sucht Mißstände zu beheben, inflationäre Tendenzen zu hemmen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, die Konjunktur durch Handelspolitik, Geldpolitik und Zollpolitik anzuregen, das Wirtschaftswachstum durch Intensivierung der

Forschung, durch Förderung der beruflichen Ausbildung und dergleichen zu beleben. Zu nennen sind ferner das Steuerrecht, das Kartellrecht, das Handels- und Gesellschaftsrecht, das Börsenrecht, das Versicherungsrecht, das Betriebsverfassungs- und Mitbestimmungsrecht, das Tarifrecht und das Wirtschaftsstrafrecht. – Von der paläo-liberalen Wirtschaftsordnung des „laissez-faire“ trennt uns ein Abgrund.

### c) *Neoliberale Neubesinnung*

*Auch der Neoliberalismus* erklärt ausdrücklich, daß Marktwirtschaft und freie Konkurrenz nicht dasselbe sind. Der alte Liberalismus habe Vertragsfreiheit und Wettbewerbsfreiheit gefordert, dabei jedoch übersehen, daß durch Monopolbildungen die Wettbewerbsfreiheit mit Hilfe der Vertragsfreiheit aufgehoben werden kann. Die Vermachtung der Märkte durch Monopole, Teilmonopole, Oligopole, Kartelle, Syndikate, Konzerne und dergleichen müsse unterbunden werden. Unvermeidbare Monopole jedoch müßten unter öffentliche Kontrolle gestellt werden. Der Leistungswettbewerb ergebe sich nicht von selbst; er müsse vielmehr vom Staat veranstaltet werden. Der Wirtschaft sei eine Verfassung zu geben, die der freien Konkurrenz Entfaltungsmöglichkeiten gewährt: durch Sicherung der freien Preisbildung, durch Öffnung der Märkte, durch Kontrolle oder Verbot der Monopole. Dieses konstituierende und regulierende Eingreifen des Staates in die Wirtschaft müsse marktkonform sein, das heißt, es dürfe die Preismechanik und die dadurch bewirkte Selbststeuerung des Marktes nicht aufheben.

Der Neoliberalismus weist den Vorwurf, daß er die menschlichen Belange dem Marktmechanismus unterordne, als kränkend zurück. Der Markt habe „lediglich eine dienende Funktion“, er sei „kein Selbstzweck“, sondern solle „zu einer möglichst günstigen Versorgung der Menschen“ führen<sup>51</sup>). Ausdrücklich weist der Neoliberalismus darauf hin, daß es eine große Reihe von Dingen gibt, die dem Marktmechanismus unzugänglich, aber von größter Wichtigkeit für die menschlichen Belange sind. Man könne z. B. die „Marktpassiven“ nicht „auf den Markt verweisen“, weil sie nicht fähig seien, „aus welchen Gründen auch immer, auf eine marktgerechte Weise für sich selbst zu sorgen, weil sie krank, weil sie schwach, weil sie alt“ sind<sup>52</sup>).

### d) *Soziale Marktwirtschaft*

Es trifft wohl auf die *Soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland* weithin zu, wenn Papst Johannes Paul II. in seiner Enzyklika über die

menschliche Arbeit darauf hinweist, daß „die Solidarität unter den arbeitenden Menschen, verbunden mit einem klareren und einsatzbereiteren Bewußtsein der Gegenseite hinsichtlich der Rechte der Arbeiter, in vielen Fällen tiefgreifende Änderungen“ bewirkt habe. So könnten die Arbeiter z. B. nicht selten „an der Leitung und an der Produktivitätskontrolle der Unternehmen teilnehmen“ und Einfluß „auf die Arbeits- und Lohnbedingungen sowie auf die Sozialgesetzgebung“ ausüben<sup>53</sup>). Wenn im Jahre 1984 vom Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik Deutschland in Höhe von 1 750 Milliarden DM an Steuern und Sozialbeiträgen 631 Milliarden DM wieder eingezogen worden sind, wenn für die Sozialleistungen 410 Milliarden DM aufgebracht worden sind und wenn der Lebensstandard der arbeitenden Menschen beträchtlich über dem in den kommunistischen Staaten liegt, kann nur Böswilligkeit behaupten, die Soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland sei kapitalistische Ausbeutung. Das „neue amerikanische Gemeinschaftsexperiment“, das die Bischöfe der Vereinigten Staaten im Entwurf ihres Dokuments „Die katholische Soziallehre und die amerikanische Wirtschaft“ vorschlagen – „Gewinnbeteiligung und Anlagenerwerb der Arbeitnehmer, größere Initiativefreiheit der Arbeitnehmer bei der Verbesserung der Qualität des Arbeitslebens, genossenschaftliche Eignerschaft“, ist für die Bundesrepublik Deutschland nicht neu<sup>54</sup>).

#### *e) Demokratischer Sozialismus der westlichen Welt*

Der freiheitlich-demokratische Sozialismus der westlichen Welt geht zwar auch auf Karl Marx zurück, weicht jedoch in wichtigen Stücken, nicht zuletzt in der Lehre von den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungsprozessen von ihm ab. Er bekennt sich zur marktwirtschaftlichen Ordnung und betont ausdrücklich, daß er weder „halber noch gemäßiger Kollektivismus“ sei noch die „Zwangswirtschaft“ anstrebe, sondern auch jenen Schichten zu Eigentum verhelfen wolle, „denen die Gesellschaftsordnung den Erwerb von Eigentum bisher nahezu unmöglich gemacht habe“<sup>55</sup>). Charakteristisch für den freiheitlich-demokratischen Sozialismus ist es, daß er stärker als andere demokratische Richtungen für das Eingreifen des Staates in die Wirtschaft eintritt. Seine eigentliche Schwäche liegt in seiner von liberalistischem Gedankengut bestimmten Gesellschaftsauffassung, die immer wieder in der Kultur-, Bildungs- und Schulpolitik zum Durchbruch kommt<sup>56</sup>).

### f) *Neo-Marxismus*

Seit einigen Jahren vollzieht sich in der westlichen Welt ein erstaunlicher Rückfall in die Heilslehre des utopischen Kommunismus. Die Neue Linke, eine sehr heterogene Gruppe, ist sich wohl nur in der Negation des Bestehenden einig. Wie die neue Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die den Zukunfts-Menschen von jeder „Entfremdung“ erlösen soll, aussehen wird, bleibt verborgen.

Auch der *Euro-Kommunismus*, der weltanschaulich in einer atheistischen und antireligiösen Philosophie marxistischer Prägung gründet, wie sie etwa für den italienischen Kommunismus Antonio Gramsci ausgearbeitet hat, hört nicht auf, Kommunismus zu sein. Solange er noch nicht zur Herrschaft gelangt ist, gebärdet er sich „sozial“ und „demokratisch“. Erst nach der Machtübernahme würde er sein wahres Gesicht zeigen.

*Zweites Kapitel:  
Die Marktwirtschaft im Licht der katholischen Soziallehre*

Die katholische Soziallehre hält die Marktwirtschaft für die richtige Grundform der Wirtschaftsordnung. Sie ist jedoch davon überzeugt, daß ihr ein humanes Leitbild gegeben werden muß. Folgende zwölf Voraussetzungen müssen erfüllt werden:

*I. Das Sachziel der Wirtschaft muß verwirklicht werden*

„Urheber, Mittelpunkt und Ziel aller Wirtschaft“, so lehrt das Zweite Vatikanische Konzil, ist der Mensch<sup>57</sup>). Der Sinn der Wirtschaft liegt weder – rein formalistisch – im bloßen Handeln nach dem ökonomischen Rationalprinzip, noch in der Technokratie, noch in der bloßen Rentabilität, noch im größtmöglichen materiellen „Glück“ einer größtmöglichen Menschenzahl. Auch wäre es irrig, die Wirtschaft als Befriedigung von Nachfrage durch Bereitstellung eines entsprechenden Angebots zu definieren; denn dann entspräche die Deckung sinnloser oder schädlicher Bedürfnisse dem Sachziel der Wirtschaft. Das Sachziel der Wirtschaft besteht vielmehr in der dauernden und gesicherten Schaffung jener materiellen Voraussetzungen, die dem einzelnen und den Sozialgebilden die menschenwürdige Entfaltung ermöglichen. Die Enzyklika „Quadragesimo anno“ bemerkt dazu: „So reichlich sollten sie (die materiellen Güter) bemessen sein, daß sie nicht nur zur lebensnotwendigen und sonstigen ehrbaren Bedarfbefriedigung ausreichen, sondern den Menschen die Entfaltung eines veredelten Kulturlebens ermöglichen.“<sup>58</sup>)

*II. Die Marktwirtschaft darf nicht zum Konsumismus führen*

Die Konsumwerbung, die den Käufer sachlich informieren soll, darf ihn nicht durch suggestive Reizüberflutung verwirren und vernebeln und nicht an das versucherische Haben- und Genießenwollen appellieren. Die Heilige Schrift warnt: „Was immer meine Augen sich wünschten, verwehrt ich ihnen nicht, und meinem Herzen schlug ich keine seiner Lüste ab ... Das Ergebnis: Das ist alles Windhauch und Luftgespinnst“ (Koh 2,10–11). „Mit tiefem Bedauern“ denkt Papst Johannes XXIII. an die „große Zahl von Menschen, die geistige Werte allzusehr vernachlässigen, völlig übersehen oder sie überhaupt leugnen“ und statt dessen den

materiellen Wohlstand derart überschätzen, „daß sie ihn vielfach als den höchsten Wert des Lebens ansehen“<sup>59)</sup>)

### *III. Der Marktmechanismus genügt nicht*

Obwohl der freie Wettbewerb „berechtigt und von zweifellosem Nutzen“ ist<sup>60)</sup>, vermag der Marktmechanismus nicht das regulative Prinzip der Wirtschaft zu sein. Die Wirtschaft ist kein Automat, sondern ein vom geordneten und ordnenden Willen des Menschen zu gestaltender Kulturprozeß. Zum Verfügungsrecht über das Privateigentum, zum Marktmechanismus und zum Streben nach wirtschaftlichem Erfolg muß die soziale Ausrichtung der Wirtschaft treten. Auch die Marktwirtschaft ist steuerungsfähig und steuerungsbedürftig. Dringende Aufgaben, die heute im Hinblick auf das Sachziel der Wirtschaft und auf das Gemeinwohl gestellt sind, lassen sich mit dem bloßen Markt- und Preismechanismus nicht meistern: die breite Vermögensstreuung, das kontinuierliche, nicht durch Konjunkturkrisen gestörte Wachstum der Wirtschaft, die Überwindung der Arbeitslosigkeit, der Umweltschutz und dergleichen.

Wo „die gebotene wirtschaftspolitische Tätigkeit des Staates“, die „fördert, anregt, regelt, Lücken schließt und Vollständigkeit gewährleistet“, fehlt oder unzureichend ist, „kommt es schnell zu heillosen Verwirrung, da herrscht die freche Ausbeutung fremder Not durch von Skrupel wenig gehemmte Stärkere, die sich leider – allzeit und allenthalben breitmachen wie Unkraut im Weizen“<sup>61)</sup>. Wenn jedoch andererseits „die Privatinitiative der einzelnen fehlt, herrscht politisch die Tyrannei; da geraten aber auch manche Wirtschaftszweige ins Stocken; da fehlt es an tausenderlei Verbrauchsgütern und Diensten, auf die Leib und Seele angewiesen sind, die zu erlangen in besonderer Weise die Schaffensfreude und den Fleiß der einzelnen auslöst und anstachelt“<sup>62)</sup>.

### *IV. Kontrolle wirtschaftlicher Macht*

Machtbildungen sind in der Marktwirtschaft zu verhindern oder, wenn Monopole und Kartelle unvermeidbar sind, der Kontrolle zu unterwerfen. In der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland findet sich keineswegs auf allen Märkten der freie Wettbewerb. So besteht z. B. auf dem Arbeitsmarkt kein Leistungswettbewerb, sondern ein Monopol der Tarifpartner. Zu diesem bilateralen Monopol der Arbeitsmarktpar-

teien tritt als weiterer monopolistischer Faktor das unilaterale Monopol der Geld- und Kreditschöpfung. Auch das Verkehrswesen, die Energiewirtschaft, der Agrarsektor und die Montanindustrie stehen nicht unter dem Gesetz der freien Konkurrenz.

Auch die Privatwirtschaft selber hat seit dem vorigen Jahrhundert immer wieder versucht, den Wettbewerb mit Hilfe der Vertragsfreiheit auszu-schalten, wodurch ohne Zweifel die marktwirtschaftliche Ordnung von innen her bedroht wurde, ein Zusammenhang, den die Rechtsprechung lange Zeit nicht erkannt hat.

Die katholische Soziallehre hat die Monopole seit Jahrhunderten scharf abgelehnt. Die Monopolisten, so urteilte Johannes Medina im 16. Jahrhundert, schaden dem Staat mehr „als Mißernten und Heuschrecken“<sup>63</sup>) Kardinal Cajetan nannte die Monopole „einen Angriff auf die allgemeine Freiheit“<sup>64</sup>). Franz Sylvius brandmarkte die Monopolisten als „Usurpatoren“, da sie sich widerrechtlich zu Urhebern der Preise machten<sup>65</sup>).

## *V. Rangordnung der Werte*

Die Wirtschaft ist weder das einzige noch das höchste Ziel des Menschen und der Gesellschaft. Sie muß sich vielmehr in die „rechte Stufenordnung der Ziele“ an der ihr zukommenden Stelle einordnen. Höher stehen Würde und Freiheit des Menschen, Ehe und Familie, Religion und Sittlichkeit, die kulturellen Werte und das „letzte Ziel und Ende aller Dinge“, Gott selber<sup>66</sup>). Damit wird keineswegs geleugnet, daß die technischen Verfahren und die sogenannten Wirtschaftsgesetze, die als Zweck-Mittel-Verhältnisse anzeigen, „welche Zielsetzungen auf wirtschaftlichem Gebiet möglich, welche nicht möglich sind“, „in ihrem Bereich eigenständig sind“<sup>67</sup>).

Die katholische Soziallehre wird jedoch Werner Sombart nicht zustimmen, wenn er schreibt, daß der „ökonomische Fortschritt“ den Vorrang vor dem „Sittlichseinsollen“ habe. Alle „sittlichen Regungen“ und alle „Gerechtigkeitsgefühle“ müßten sich mit dem Fortschritt der Ökonomie abfinden. Entscheidend sei die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft; dann möge man „sittlich oder was sonst sein“<sup>68</sup>).

Es gibt keine abstrakte, vom Menschen und seinem Gewissen losgelöste Wirtschaft. Immer wieder hat die katholische Soziallehre die in der Wirtschaft Tätigen auf die Gesinnung des *Dienens* hingewiesen. Thomas von Aquin nennt als Formen des Dienens den Unterhalt der eigenen Familie, den Nutzen für die Allgemeinheit und die Unterstützung der

Armen. Lasse man diese Dienstbereitschaft außer acht, so bleibe das bloße Gewinnstreben übrig, das zwar „seinem Begriff nach nichts Lasterhaftes oder Tugendwidriges“ besage, dem aber doch eine „gewisse Häßlichkeit“ anhafte; es kenne nämlich kein „Aufhören“ und gehe „ins Unendliche“<sup>69</sup>). Die Leute, so meinte Ludwig Molina im 16. Jahrhundert, suchen in verschiedener Absicht den Markt auf. Die einen wollen zum Lebensunterhalt der eigenen Familie Waren einkaufen; andere erwerben Rohstoffe, die im eigenen Betrieb verarbeitet werden sollen; und schließlich erscheinen noch jene auf dem Markt, die „im eigentlichen Sinn“ Handel treiben und Geld verdienen wollen. Wenn dieser Handel „in richtiger Weise geschieht und eine sittliche Zielsetzung hat, ist er erlaubt und sittlich gut und den Staaten nützlich und notwendig“. Es muß nämlich Kaufleute geben, die den Austausch zwischen den Provinzen und Ländern regeln, Warenlager halten und die Waren jederzeit zum Verkauf anbieten. Wollte das jeder einzelne für sich selbst besorgen, so würden „weit höhere Auslagen“ entstehen. Freilich ist der Handel trotz seines Nutzens für die Allgemeinheit „wegen der Begierde nach Gewinn“ und „angesichts der menschlichen Schwäche und Neigung zum Bösen vielen seelischen Gefahren ausgesetzt“. Molina nennt „Meineide, Lügen und Preiswucher“. Aber er bringt auch das Bedenken des Thomas von Aquin vor: Das Streben, durch billigen Einkauf und teuren Verkauf Geld zu verdienen, „zieht den Geist in seinen Bann und vom Höheren ab“ und hat deshalb „eine gewisse Häßlichkeit, das heißt etwas Unschickliches“ an sich<sup>70</sup>).

Ähnliche Überlegungen stellt Peter Koslowski heute an. Der Kapitalismus, so schreibt er, muß durch eine „umfassende sozialphilosophische Theorie“ und durch eine Theorie der politischen Korrektur des „Kapitalismus-Versagens“ geläutert werden. Er fügt hinzu: „Unbeschränktes Gewinn- und Nutzenstreben führt zu einem Umschlagen in Geiz, Habgier und den Verlust des Reichtums menschlicher Handlungszwecke.“<sup>71</sup>)

## *VI. Kapital und Arbeit*

Es ist bemerkenswert, daß die katholische Soziallehre seit fast 200 Jahren immer wieder die Frage gestellt hat, ob die mit der Wirtschaftsordnung des industriellen Zeitalters gegebene Trennung von Kapital und Arbeit vor dem christlichen Gewissen bestehen könne. Papst Johannes Paul II. legt dar, daß man „keineswegs die Arbeit und das Kapital in einen Gegensatz zueinander stellen dürfe, geschweige denn ... die konkreten

Menschen, die jeweils hinter diesen Begriffen stehen“. Jedoch müsse eine auf dem Primat des Menschen vor dem Kapital beruhende Wirtschaftsordnung „schon in ihren Grundlagen“ den „Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit“ überwinden<sup>72</sup>).

Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit wird nach Auffassung der katholischen Soziallehre vor allem auf zwei Wegen überwunden oder doch gemildert werden können.

- 1) Durch das Miteinander der Tarifpartner. Aufgabe der Zusammenschlüsse der Tarifpartner ist es, wie Papst Johannes Paul II. sagt, sich für das Wohl der Mitglieder einzusetzen, was jedoch „kein Kampf gegen andere“, kein „Gruppen- oder Klassenegoismus“ sein dürfe. Das Ringen der Arbeitsmarktparteien untereinander müsse vielmehr „im Hinblick auf das Gut der sozialen Gerechtigkeit und nicht um des Kampfes willen oder um den Gegner auszuschalten“, geschehen<sup>73</sup>).
- 2) Der zweite Weg zur Überwindung des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit ist die Beteiligung der Arbeitnehmer an der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung, ein altes Anliegen der katholischen Soziallehre, das im vorigen Jahrhundert zum Beispiel von Adam Müller, Peter Franz Reichensperger, Franz Josef Ritter von Buß, Bischof Ketteler und Franz Hitze aufgegriffen worden ist. Die breite Streuung des Privateigentums setzt Sparfähigkeit und Sparwilligkeit voraus. Je breiter das Eigentum gestreut wird, desto mehr werden die Funktionskrisen des Eigentums in der modernen Gesellschaft überwunden oder gemildert werden können. Die Selbstverantwortung wird gestärkt und der Trend zum Versorgungsstaat gehemmt werden.

### *VII. Technischer Fortschritt und Rationalisierung*

In der katholischen Soziallehre ist der Einbruch der modernen Technik in die Arbeitswelt seit dem vorigen Jahrhundert lebhaft erörtert worden. Die Bedenken, die damals erhoben wurden – der Arbeiter gelte im unpersönlichen Rahmen der technischen Apparatur nur als Funktion und Produktionsfaktor –, werden heute von vielen Kritikern wiederholt. Zwischen Technik und Dämonie bestehe eine „geheime Identität“<sup>74</sup>). Die Technik habe das Gesetz der starren Mechanik auf den Menschen übertragen und damit zur „Verödung des Geistes“ und zum Stumpfsinn des Arbeits- und Erwerbslebens geführt<sup>75</sup>). Sie habe den Schwerpunkt menschlicher Arbeit „in das enorme Reich des Anorganischen“ verlagert und den Menschen selber „anorganisch und amorph gemacht“<sup>76</sup>). „Der Zusammenstoß zweier

Wirklichkeiten: Technik und Menschentum“ habe stattgefunden; die technischen Sklaven seien „die kommenden Sieger“; wir seien „in die finsterste Epoche unserer Geschichte eingetreten“<sup>77</sup>). Herbert Marcuse spricht keinen neuen Gedanken aus, wenn er die „fortschreitende Verklavung des Menschen durch einen Produktionsapparat“ beklagt, „der das Leben jener zugrunde richtet, die diesen Apparat aufbauen und benutzen“<sup>78</sup>). Papst Johannes Paul II. schmäht die Technik nicht. Er nennt sie „eine Verbündete der menschlichen Arbeit“<sup>79</sup>). In seiner Ansprache an die Wissenschaftler im Kölner Dom am 15. November 1980 bemerkte er, man könne nicht sagen, „daß der Fortschritt zu weit gegangen ist, solange noch viele Menschen, ja ganze Völker in bedrückenden und sogar unwürdigen Verhältnissen leben, die mit Hilfe technisch-wissenschaftlicher Erkenntnis verbessert werden können“<sup>80</sup>). Aber der Papst warnt auch vor den Gefahren einer unkontrollierten technischen Entwicklung. Die Technik könne sich „in manchen Fällen aus einer Verbündeten fast in eine Gegnerin des Menschen verwandeln, wie etwa dann, wenn die Mechanisierung der Arbeit den Menschen verdrängt und ihn jeder persönlichen Befriedigung und des Ansporns zu Kreativität und Verantwortung beraubt, wenn sie viele Arbeitnehmer um ihre Beschäftigung bringt oder durch die Verherrlichung der Maschine den Menschen zu deren Sklaven macht“<sup>81</sup>).

Da Wirtschaft und Technik Dienst am Menschen sind, werden die Verantwortlichen bestrebt sein müssen, den technischen Fortschritt nicht in stürmischen, krisenhaften Sprüngen, sondern in ausgeglichener Entwicklung sich vollziehen zu lassen.

### *VIII. Herrschaftliche Grundstruktur des Betriebes*

Seit Beginn des industriellen Zeitalters ist von der katholischen Soziallehre immer wieder die Frage gestellt worden, wie sich die herrschaftliche Grundstruktur des Betriebes mit der Eigenverantwortung des arbeitenden Menschen vereinbaren lasse. Ein moderner Betrieb – ähnliches gilt für Büro, Geschäft und Verwaltung – kann nur beim Zusammenspiel aller Beteiligten funktionieren. Aus innerem Sachzwang ist eine funktionale Autorität mit gestuften Lenkungsstellen und entsprechender Unterordnung unentbehrlich.

Dabei ist jedoch zu beachten, daß in den Wirtschaftsunternehmen und in allen Bereichen menschlicher Arbeit nicht das investierte Kapital, sondern der Mensch im Vordergrund stehen muß. Hier gilt der Grundsatz,

daß „die Ordnung der Dinge der Ordnung der Personen dienstbar werden muß und nicht umgekehrt“<sup>82</sup>). Bekanntlich haben zunächst Erwägungen der Rentabilität und Kostenersparnis dazu geführt, sich um den Menschen im Betrieb zu kümmern. Bezeichnend ist die Mahnung, die der englische Fabrikant und Sozialpolitiker Robert Owen in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts den Unternehmern gegeben hat: „Die Erfahrung hat Ihnen sicherlich den Unterschied gezeigt, der zwischen einer rein geputzten, glänzenden maschinellen Einrichtung ... und einer anderen besteht, die schmutzig und in Unordnung ist ... Wenn also die auf unbeseelte Maschinen verwendete Mühe so vorteilhafte Ergebnisse zeitigt, warum sollte man nicht das Gleiche von der Sorgfalt erwarten, die man auf lebendige Menschen verwendet, deren Struktur noch viel bewunderungswürdiger ist? ... Ist es nicht natürlich, wenn man zu dem Schluß kommt, daß auch diese viel komplizierteren und feineren Maschinen an Kraft und Wirksamkeit gewinnen ..., wenn man sie reinlich hält, sie mit Freundlichkeit behandelt, wenn man ihrer geistigen Tätigkeit unnötige Reibungen erspart und man ihnen eine ausreichende Menge Nahrungsmittel gibt?“<sup>83</sup>)

Inzwischen hat sich eine neue Entwicklung angebahnt. Wie man in den Laboratorien der Großunternehmen der Chemie von der begrenzten Zweckforschung zur zweckfreien Grundlagenforschung übergegangen ist, so beginnen auch manche Unternehmer sich zur zweckfreien Menschenführung zu bekennen, d. h. in jedem Mitarbeiter von vornherein den Mitmenschen und Nächsten zu sehen und alle Maßnahmen aus dieser Sicht zu treffen. Leitgedanke ist also nicht – im Sinne eines intelligenten Egoismus – die Rentabilität, sondern die Menschenwürde, wobei sich übrigens ergeben wird, daß auf die Dauer nur durch diese Haltung die gedeihliche Entwicklung der Unternehmungen gesichert werden kann.

### *IX. Weltweite Verantwortung*

Es ist viel beachtet worden, daß Papst Johannes Paul II. den Begriff des „indirekten Arbeitgebers“ geprägt hat. Der Papst versteht darunter ein ausgedehntes und kompliziertes System von Abhängigkeiten, die „das Verhalten des direkten Arbeitgebers, wenn er den Arbeitsvertrag und das Arbeitsverhältnis konkret festlegt“, wesentlich bestimmen. Hier ist nicht nur das staatliche Sozial- und Arbeitsrecht gemeint, sondern auch der überstaatliche Bereich. Es ist bekannt, so lesen wir in der Enzyklika über die menschliche Arbeit, „daß im heutigen System der Weltwirtschaft

zahlreiche Verbindungen zwischen den einzelnen Staaten bestehen, z. B. im Bereich von Ein- und Ausfuhr“, die „gegenseitige Abhängigkeiten“ schaffen, so daß es schwerfällt, „bei irgendeinem Staat, und sei er auch wirtschaftlich der mächtigste, von voller Selbstversorgung, von Autarkie zu sprechen“. „Ein solches System gegenseitiger Abhängigkeiten“, so fährt der Papst fort, „ist an sich etwas Normales.“ Es kann jedoch zur Ausbeutung schwacher Länder führen, wenn hochindustrialisierte Staaten oder multinationale Konzerne ihre Macht mißbrauchen, um die Preise der Rohstoffe niedrigzuhalten, was zu einem immer größeren Mißverhältnis zwischen den reichen und ärmeren Ländern führt<sup>84</sup>). Die Bischöfe der Vereinigten Staaten fordern im Entwurf ihres Hirtenbriefes über die „katholische Soziallehre und die amerikanische Wirtschaft“ die Schaffung einer Weltordnung, die „armen und am Rande lebenden Völkern“ Anteil an den wirtschaftlichen Gütern gewährleisten müsse. Die Vereinigten Staaten müßten sich beim Ausbau ihrer internationalen Wirtschaftsbeziehungen bewußt sein, daß sich der Dienst am Gemeinwohl heute auf den „gesamten Planeten“ erstreckt, wobei die Option für die Armen besonders dringlich sei<sup>85</sup>). Auch in wirtschaftlicher Hinsicht bildet die Menschheit eine solidarische Einheit. Papst Johannes XXIII. hat „die Völker, die mit Reichtum und Überfluß gesättigt sind“, ermahnt, „die Lage jener anderen Völker nicht zu vergessen, deren Angehörige mit so großen inneren Schwierigkeiten zu kämpfen haben, daß sie vor Elend und Hunger fast zugrunde gehen“<sup>86</sup>). Die Kette des Elends kann nur zerrissen werden, wenn die Entwicklungshilfe erheblich ausgeweitet, die Rüstungsausgaben drastisch gesenkt und in den Entwicklungsländern eine Agrarreform durchgeführt wird. Zur Meisterung dieser Aufgaben reicht der internationale marktwirtschaftliche Wettbewerb nicht aus. Weltweite Ordnungsmaßnahmen sind erforderlich.

### *X. Sicherung des Arbeitsplatzes*

Die Untersuchung der Arbeitslosigkeit und das Ergreifen wirtschaftspolitischer, konjunkturpolitischer und währungspolitischer Maßnahmen ist nicht Sache der Kirche, sondern der Verantwortlichen, d. h. der Tarifpartner, der Regierungen, des Bundestages und der Landtage, der politischen Parteien und der zuständigen Wissenschaften. Die Kirche appelliert an das Gewissen der Verantwortlichen. Zu konkreten Vorschlägen Stellung zu nehmen – etwa zu dem Vorschlag, die Schulzeit zu verlängern, die Arbeitszeit zu verkürzen, die Altersgrenze vorzuverlegen, die Überstun-

den abzuschaffen, Steuern zu erhöhen oder zu senken, eine Konjunkturabgabe zu erheben –, ist nicht Auftrag der Kirche. Das geht die Sachverständigen und die Verantwortlichen an. Im übrigen ist es nicht leicht, die großen Ziele einer gesunden Volkswirtschaft gleichzeitig zu erreichen und dauernd zu sichern: Vollbeschäftigung, stabile Preise, Wirtschaftswachstum, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und Ökologie.

Von großer Bedeutung für die Erhaltung der Arbeitsplätze ist der sogenannte „indirekte Arbeitgeber“, also „das Gefüge der nationalen und internationalen Stellen, die für die ganze Ausrichtung der Arbeitspolitik verantwortlich sind“. Papst Johannes Paul II. fordert eine die Grenzen der Staaten überschreitende „Gesamtplanung“<sup>87</sup>).

Pflicht der Kirche ist es, dafür einzutreten, daß weder offen noch versteckt den Arbeitslosen der Stempel der Leistungsunwilligkeit aufgedrückt wird. Auch wird die Kirche der sozialen Isolierung der Arbeitslosen entgegenwirken. Die Arbeitslosen bedürfen nicht des Mitleids, sondern der verständnisvollen Zuwendung.

## *XI. Umweltschutz*

Es muß Vorsorge getroffen werden, daß der technische Fortschritt nicht durch Raubbau, Vergeudung und Verschmutzung die Biosphäre verdirbt und die physischen Grundlagen des Lebens auf der Erde schädigt. Das ist eine uralte, in der christlichen Überlieferung verankerte Mahnung. Zu Beginn des dritten Jahrhunderts schrieb Tertullian, die Menschen seien der Erde zur Last geworden; die Rohstoffe reichten kaum noch aus; die Natur vermöge uns nicht mehr zu ernähren<sup>88</sup>). Auch Cyprian brach in die Klage aus, daß der Erdkreis vollgestopft und die Welt überbevölkert sei<sup>89</sup>). Im industriellen Zeitalter sind die Bodenschätze in einem Ausmaß ausgebeutet worden wie nie zuvor. Wenige Generationen haben Schätze für immer verbraucht, die in Hunderten von Millionen Jahren entstanden sind, ohne zu bedenken, daß die kommenden Geschlechter vor leeren Lagerstätten und überfüllten Abfallhalden stehen werden. In der Natur gilt das Gesetz des Kreislaufs. Das Wasser, die Pflanzen, die Tiere kommen und gehen. Die mittelalterliche Wirtschaft hat sich dieses natürlichen Kreislaufs bedient. Energiequellen waren damals der Wind, das Wasser und das Holz. Heute schöpft die Wirtschaft die Energie vor allem aus Vorräten an Bodenschätzen, die nicht nachwachsen. Die alten Energiequellen reichen nicht aus.

Noch schlimmer sei es, so wird gesagt, daß physikalische, chemische und technische Eingriffe die Landschaft verschandelt, den Boden vergiftet,

den biologischen Kreislauf beeinträchtigt, die Pflanzendecke zerstört und nicht selten das Klima verschlechtert hätten.

Aus christlicher Sicht gelten für das Verhältnis des Menschen zur sichtbaren Schöpfung folgende Grundsätze:

- 1) Zerstörung und Schändung der Natur widersprechen dem christlichen Verständnis der sichtbaren Schöpfung.
- 2) Das Verantwortungsbewußtsein aller Menschen und Völker der Natur gegenüber muß geweckt und gestärkt werden.
- 3) Für die Frage, auf welche Weise der Verwüstung und Verschmutzung der Natur Einhalt geboten werden kann und wie zerstörerische Auswirkungen der Kernenergie verhütet werden können, ist nicht die Theologie, sondern die jeweilige Fachwissenschaft zuständig. Eine „Dämonisierung“ der Kernenergie ist unsachlich. Wer dem romantischen Ideal der „Rückkehr zur grünen Natur“ huldigt, sollte nicht vergessen, daß dann im Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland — wie vor 1500 Jahren — etwa 700 000 Menschen leben könnten<sup>90)</sup>

### *XII. System der Umverteilung*

Die im Wirtschaftsprozeß sich vollziehende ursprüngliche Verteilung des Sozialprodukts wird in den modernen Industriestaaten durch Steuern und Sozialabgaben in erstaunlichem Ausmaß korrigiert. Millionen von Menschen sind durch die beiden Weltkriege in eine Not gestürzt, die nicht durch persönliches Verschulden verursacht ist. Auch die sogenannten Normalrisiken des Menschen – Krankheit, Invalidität, Alter usw. – können durch den Marktmechanismus nicht behoben werden. Gesamtgesellschaftliche Institutionen sind nötig. Es ist deshalb irrig, das System der sozialen Sicherheit allgemein als eine Degenerationserscheinung und als Zeichen der Vermassung und des Fehlens der Selbstverantwortung hinzustellen.

Bedenklich ist allerdings der Trend zum Versorgungsstaat. Die katholische Soziallehre tritt um des Menschen willen für die Stärkung der Eigenverantwortung und für die Überwindung des Anspruchsdenkens ein. Ein Volk kann auf die Dauer nicht mehr ausgeben als es durch seine Arbeit erwirtschaftet. In jüngster Zeit scheint das Verständnis für Eigenverantwortung und der Wille, die staatliche Bevormundung zurückzudrängen, in einigen Ländern, z. B. in den Vereinigten Staaten<sup>91)</sup> und in Frankreich<sup>92)</sup> zu wachsen.

## **Zweiter Teil**

### **Die Zentralverwaltungswirtschaft im Licht der katholischen Soziallehre**

*Erstes Kapitel:*

*Die Zentralverwaltungswirtschaft als idealtypisches  
Modell und geschichtliche Wirklichkeit*

#### *I. Die Zentralverwaltungswirtschaft als idealtypisches Modell*

1) In der Zentralverwaltungswirtschaft — als Idealtyp verstanden — sind die Strukturmerkmale der Marktwirtschaft ausgeschaltet. Es gibt keine private Verfügungsmacht über die Produktionsmittel. Angebot und Nachfrage werden nicht durch den Wettbewerb auf dem Markt in Einklang gebracht. Für das private Gewinnstreben ist kein Raum. Eine mit ungeheuren Vollmachten ausgestattete Zentralverwaltung stellt den Wirtschaftsplan auf, der die Produktion, das technische Verfahren und die Verteilung des Sozialprodukts bis ins einzelne regelt und der für den gesamten Wirtschaftsprozess verbindlich ist. Karl Marx behauptet, daß sich die Zentralverwaltungswirtschaft überall auf Erden nah dem Gesetz des dialektischen Materialismus durchsetzen werde. Je mehr sich Technik und Wirtschaft in einem Land entfalten, desto mehr wachse zwangsläufig „die Masse des Elends, des Druckes, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der ... Arbeiterklasse“. Die „kapitalistische Hülle“ werde „gesprengt“.

Nach der Marxschen Analyse hätte der dialektische Sprung vom Kapitalismus zum marxistischen Sozialismus zuerst in den hochentwickeltesten Industriestaaten England, USA und Deutschland erfolgen müssen. In Wirklichkeit kam der Marxismus in den Agrarländern Rußland, Polen, Rumänien, Bulgarien, China usw. zur Macht, und zwar nicht durch Dialektik, sondern durch Waffengewalt.

Der dialektische Materialismus legt der Wirtschaftsordnung eine das gesamte Gesellschaftsleben bestimmende Bedeutung zu. Behauptet Karl Marx doch, daß die „juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen“ Inhalte des sogenannten „ideologischen Überbaus“ von den ökonomischen Verhältnissen „bedingt“, „bestimmt“, „in letzter Instanz bestimmt“, „in die Welt gesetzt“, „umgesetzt“, „übersetzt“, „umgewälzt“ und „produziert“ würden. Das Geistige „entquillt“

nach Karl Marx und Friedrich Engels dem Ökonomischen, es ist die „verhimmelte Form“ der gesellschaftlichen Verhältnisse, die seine „Ursache“ sind<sup>93</sup>). Alle diese Formulierungen sind – wie die Thesen des dialektischen Materialismus überhaupt – unklare, einseitige und höchst anfechtbare Simplifikationen.

Nach dem Zusammenbruch des Kapitalismus folgt zunächst eine Epoche, die in einem sonderbaren Zwielficht steht: „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“<sup>94</sup>). Erst nach dem totalen Sieg über die kapitalistischen Staaten beginnt in der marxistischen Pseudo-Zeitalterlehre die letzte Phase, der paradiesische Kommunismus. Marx selber ist in der näheren Ausmalung der Endstufe zurückhaltend gewesen. Er nennt diesen Zustand „das wahre Reich der Freiheit“. Die „Kooperation“ und der „Gemeinbesitz der Erde“ werde die Menschheit zu einem „Verein freier Menschen“ machen. Dann könne die Gesellschaft „auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“<sup>95</sup>). Ein neuer Äon werde beginnen. Jedem Menschen sei es dann möglich, so prophezeite Karl Marx, „heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, mittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, auch das Essen zu kritisieren . . . wie ich gerade Lust habe“<sup>96</sup>).

Auch Lenin bekannte sich zu diesem säkularisierten Messianismus. „Dann wird das Tor zum Übergang von der ersten Phase . . . zur höheren Phase . . . sperrangelweit geöffnet sein“; die bürgerlichen Gelehrten hätten für diese Lehre nur ein „Grinsen“ übrig und stellten es als „reine Utopie“ hin, daß jeder Bürger „ohne jegliche Kontrolle über die Arbeitsleistung . . . eine beliebige Menge Trüffeln, Automobile, Klaviere und anderes mehr“ erhalten werde<sup>97</sup>). Chruschtschow wagte am 18. Oktober 1961 die Prophezeiung, daß die kommunistische Gesellschaft mit ihrer „immer randvollen Schale des Überflusses“ in den nächsten 20 Jahren „in ihren Grundzügen“ aufgebaut werde.

Auch Herbert Marcuse glaubte an die große „Befreiung“, an den „neuen Menschen“, der „nicht mehr eine Sache der mehr oder weniger willkürlichen Spekulation ist, sondern – ich möchte beinahe sagen – aus dem Stand der Produktivkräfte abgeleitet werden kann“<sup>98</sup>). Der Mißbrauch der Macht, so meinte Jürgen Habermas, könne im sozialistischen Kollektiv durch „das Prinzip allgemeiner und herrschaftsfreier Diskussionen“ verhütet werden<sup>99</sup>).

2) Es ist auffallend, wenn auch begreiflich, daß Sozialreformer beim Entwurf idealer Wirtschaftsordnungen meistens eine Vorliebe für die Zentralverwaltungswirtschaft zeigen. Das dürfte damit zusammenhängen, daß Planen, Ordnen und Reglementieren idealer zu sein scheinen als Eigeninteresse und Wettbewerb. Auch für die „Theologie der Befreiung“ steht, wie Clodovis Boff schreibt, „auf mehr oder weniger explizite Weise ... der Sozialismus am Horizont des historischen Projektes“<sup>100</sup>), weil „eine demokratische und sozialistische Gesellschaft ... bessere objektive Bedingungen dafür bieten“ würde, „daß die Kirche ihre Katholizität voll zum Ausdruck bringen kann“<sup>101</sup>).

## *II. Die Zentralverwaltungswirtschaft als geschichtliche Wirklichkeit*

1) Die Zentralverwaltungswirtschaft ist – als Wirtschaftsordnung eines Staates – im vorindustriellen Zeitalter nur selten verwirklicht worden. Man denke etwa an das vorkolumbianische Inkareich, in dem ein ausgeprägter Agrarkollektivismus und Staatssozialismus herrschten. Schon in der Vor-Inkazeit waren die Dörfer zu Markgenossenschaften zusammengeschlossen worden. Die Inkas ließen nach der Machtübernahme diesen Agrarkollektivismus bestehen und errichteten darüber ihr zentrales staatssozialistisches System<sup>102</sup>). Die übersichtliche Provinz- und Bezirkseinteilung sowie die straffe, durch Register kontrollierte Gliederung der Bevölkerung in Hundert-, Tausend- und Zehntausendschaften ermöglichten den planmäßigen Einsatz für öffentliche Arbeiten. In staatlicher Fron wurden die berühmten Heeresstraßen des Inkareiches, die Festungen, Tempel und Paläste erbaut. Ein totaler Staatssozialismus war das Inka-Regime nicht. Grund und Boden gehörten drei Eigentümern: den Tempeln, dem Inka und der Dorfsippe. Nur Wohnung, Hausrat und die Früchte des Familien-Landloses waren Privateigentum. Der komplizierte staatssozialistische Apparat des Inkarreiches vertrug keine Störungen. Ein strenges Strafrecht schützte den Staat und seine Ordnung. Auf Empörung, Landesverrat, Lästerung des Sonnengottes und Majestätsbeleidigung, auf Brandstiftung in den Vorratshäusern, Zerstörung von Brücken und Schädigung der Bewässerungsanlagen stand die Todesstrafe. Fast wie ein Verbrechen wurde auch der Müßiggang bestraft.

2) Seit dem Jahre 1917 ist die Zentralverwaltungswirtschaft – beginnend mit der Sowjetunion – in zahlreichen Ländern eingeführt worden. Die *totale* kommunistische Zentralverwaltung hat sich allerdings bisher noch

nirgendwo, auch nicht in der Sowjetunion, durchsetzen können. Auf den Fahnen der Sowjetunion steht noch nicht geschrieben: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.“ Löhne, Prämien, Akkordzuschläge usw., die grundsätzlich als „kapitalistisch“ abgelehnt werden müßten, bestehen weiter. Lenin erklärte: „Die Umwandlung des ganzen staatlichen Wirtschaftsmechanismus in eine einzige große Maschine, in einen Wirtschaftsorganismus, der so arbeitet, daß sich Hunderte Millionen Menschen von einem einzigen Plan leiten lassen, das ist die gigantische organisatorische Aufgabe, die uns zugefallen ist.“<sup>103</sup>) Wie im kapitalistischen System erhält jeder seinen Lohn nach seinen Leistungen, so daß „der eine faktisch mehr als der andere“ empfängt. Leider ist der bolschewistische Arbeiter, so mußte Lenin eingestehen, „noch sehr, sehr weit entfernt“ von jenem bolschewistischen Arbeitsethos, das „der Gewohnheit, für das Gemeinwohl zu arbeiten“, entspringe und die Menschen bewege, „ohne Norm, ohne auf Entlohnung zu rechnen, ohne eine Vereinbarung über Entlohnung“ selbstlos für die Allgemeinheit tätig zu sein. Deshalb müsse man die Menschen zur Arbeit zwingen: „Nieder ... mit demjenigen, der daran denkt, sich vor der Arbeit zu drücken ...! Es lebe die Arbeitsdisziplin, der Arbeitseifer! ... Ewiger Lohn denen, die jetzt Millionen Werkstätiger mit sich reißen!“<sup>104</sup>) Lenin spricht drastische Drohungen aus: „An einem Ort wird man ... ein halbes Dutzend Arbeiter, die sich vor der Arbeit drücken ..., ins Gefängnis stecken. An einem anderen Ort wird man sie die Klosetts reinigen lassen. An einem dritten Ort wird man ihnen nach Abbüßung ihrer Freiheitsstrafe gelbe Pässe aushändigen, damit das ganze Volk sie bis zu ihrer Besserung als schädliche Elemente überwache. An einem vierten Ort wird man einen von zehn, die sich des Müßiggangs schuldig machen, auf der Stelle erschießen. An einem fünften Ort wird man eine Kombination verschiedener Mittel ersinnen.“<sup>105</sup>)

Der neue Parteichef der Sowjetunion, Gorbatschow, hat bei der Beerdigung Tschernenkos erklärt, daß er an der Zentralverwaltungswirtschaft festhalten und sich gegen alles wenden werde, „was den Normen des sozialistischen Lebens widerspricht“. Die Produktivität der Wirtschaft müsse gesteigert werden, nicht zuletzt dadurch, daß die Löhne noch mehr als bisher dem Arbeitsergebnis entsprechen müßten<sup>106</sup>).

Im Jahre 1920 veröffentlichten N. I. Bucharin-Jewgeni und A. Preobraschenski das „ABC des Kommunismus“<sup>107</sup>). Dort liest man: „Jetzt ist die Arbeiterschaft an der Macht, und ihre Partei ist die regierende Partei.“ Eine „neue, vollendete Art der Demokratie, die proletarische Demokratie ist verwirklicht“. Im Sowjetkongreß sitzen „keine berufsmäßigen

Schwätzer, sondern Arbeiter“ (was nicht der Fall ist, da im Kongreß die Intellektuellen die Mehrheit bilden). Die kommunistische Justiz sei „das Gericht der arbeitenden Mehrheit über die ausbeutende Minderheit“. Das alles klingt heute hohl – ganz abgesehen davon, daß die beiden Verfasser des ABC-Kommunismus auf Befehl Stalins umgebracht worden sind. Der Protest zahlreicher Wissenschaftler und Dichter der Sowjetunion ist ein Aufschrei des Gewissens gegen die „Herrschaft der Gewalt“, die, wie Alexander Solschenizyn schreibt, „die Masse als Dung für das Wohlergehen kleiner Minderheiten, und erst noch des letzten Abschauemes mißbraucht“<sup>108</sup>). Der Ruf nach Freiheit, der während der letzten Jahrzehnte im bolschewistisch besetzten Mitteleuropa – in der DDR, in der Tschechoslowakei, in Ungarn und in Polen – erscholl, wurde gewalt- sam unterdrückt.

3) In einigen kommunistischen Ländern, vor allem in Jugoslawien und Ungarn, wird seit einigen Jahren versucht, die Zentralverwaltungswirtschaft durch Zulassung des Wettbewerbs zwischen den Staatsbetrieben und durch Verlagerung gewisser wirtschaftlicher Entscheidungen auf die Ebene der Betriebe flexibler zu gestalten. Der „Konkurrenz-Sozialismus“ kann ohne Zweifel gewisse Erfolge aufweisen, wird jedoch von der Sowjetunion mit Argwohn beobachtet. Die „Prawda“ hat in letzter Zeit wiederholt vor „Revisionismus und Nationalkommunismus“ gewarnt. Man versuche, die staatliche Kontrolle und die Zentrale zu schmälern und trete für den Wettbewerb auf den Märkten und für die Ausdehnung des Privatsektors ein<sup>109</sup>).

Man hat die Frage gestellt, ob einerseits die Versuche einiger sozialistischer Staaten, Strukturelemente der Marktwirtschaft in die Zentralverwaltungswirtschaft einzufügen, und ob andererseits die umfangreichen ordnenden und korrigierenden Eingriffe der staatlichen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik in die Marktwirtschaft der westlichen Länder zu einer gewissen Annäherung der beiden Wirtschaftssysteme führen könnten. Angesichts der Haltung der Sowjetunion dürften diese und ähnliche „Konvergenztheorien“ wenig Aussicht auf Erfolg haben.

*Zweites Kapitel:  
Die Stellung der katholischen Soziallehre  
zur Zentralverwaltungswirtschaft*

*I. Unterscheidungen*

Wie bei der Marktwirtschaft so geht es der katholischen Soziallehre auch bei der Zentralverwaltungswirtschaft um den Menschen. Wird in der Zentralverwaltungswirtschaft das Sachziel der Wirtschaft, nämlich die menschenwürdige Versorgung mit Gütern und Diensten verwirklicht? Werden Freiheit und Würde des Menschen gewahrt? Die Frage, ob zentralgelenkte Wirtschaftsgebilde vor dem christlichen Gewissen bestehen können, ist in der katholischen Kirche seit den ersten Jahrhunderten erörtert worden. Das Ergebnis läßt sich in drei Aussagen zusammenfassen.

*1) Paradiesischer Kommunismus*

Einige Kirchenväter und Theologen haben es für möglich gehalten, daß ohne den Sündenfall ein gemeinsames Wirtschaften — ohne Privateigentum — also ein paradiesischer Kommunismus verwirklicht worden wäre. Hier sind stoische Einflüsse unverkennbar. Seneca meinte, die ersten Menschen seien unverdorben der Natur gefolgt. Alles sei gemeinsam gewesen. „Da brach in diese aufs Beste geordneten Verhältnisse die Habsucht ein ... Gierig nach dem Vielen verlor der Mensch alles.“<sup>110)</sup>

Bedeutende Kirchenlehrer vertraten ähnliche Lehren. So schrieb z. B. der heilige Ambrosius, Gott habe die Erde allen Menschen zum gemeinsamen Eigentum gegeben; das Privateigentum sei aus der Habgier entstanden<sup>111)</sup>. In der Ostkirche trug der Patriarch von Konstantinopel, Johannes Chrysostomus, dieselbe Lehre vor: Ursprünglich hat Gott „ein und dieselbe Erde allen überlassen“. Der Unfriede begann erst, als der Mensch „jenes kalte Wort Mein und Dein sprach“<sup>112)</sup>.

Man darf wohl annehmen, daß die paradiesischen Menschen sich nicht mit Heuschrecken und wildem Honig begnügt, sondern sich die Erde in gemeinsamer Planung in einem Ausmaß untertan gemacht hätten, wie wir es uns kaum vorstellen können. Das wäre möglich gewesen, weil, wie Thomas von Aquin schreibt, im Paradies der entzweiende Ungeist der Habgier gefehlt hätte, so daß ein gemeinsames Wirtschaften „ohne jede Gefahr der Zwietracht“ möglich gewesen wäre<sup>113)</sup>.

2) Nach dem Sündenfall läßt sich eine zentral gelenkte Wirtschaft ohne verderbliche Folgen nur in kleineren überschaubaren Gemeinschaften verwirklichen.

- a) *Jede Familie*, besonders deutlich die Bauern-, Handwerker- und Kaufmannsfamilie trägt Züge einer kleinen zentral gelenkten Wirtschaft. Als Gemeinschaft des Lebens und Erziehens, des Arbeitens und Wirtschaftens bleibt sie normalerweise vor dem Machtmißbrauch bewahrt, wenn auch die väterliche und mütterliche Autorität, wie die Erfahrung lehrt, entarten und zur Kindesmißhandlung führen kann.
- b) *Jedes Kloster* soll ein Abbild der heiligen Gemeinde von Jerusalem sein. Einende Kraft ist die völlige Freiwilligkeit, die im Gelübde der Armut, der Ehelosigkeit und des Gehorsams Gestalt annimmt. In wirtschaftlicher Hinsicht wird das Kloster zentral gelenkt. In der Mönchsregel des heiligen Benedikt heißt es: „Allen sei alles gemeinsam ..., und keiner nenne etwas sein eigen ... Man soll es halten wie geschrieben steht: Einem jeden wurde zugeteilt nach Bedarf . . . Wer weniger braucht, danke Gott ..., wem aber mehr vonnöten ist, der verdemütige sich wegen seiner Schwäche ... So bleiben alle Glieder im Frieden.“<sup>114</sup>) Die Regel des deutschen Ritterordens bestimmt: „Ein Komtur ... bestellt alles. Des Hauses und der Brüder Notdurft sind ihm anvertraut ..., der Küchenmeister, der Kellermeister, der Fischmeister, der Waldmeister sind ihm unterstellt.“ Niemand darf Eigentum besitzen. Fand man z. B. bei einem verstorbenen Bruder Gegenstände, die er nicht besitzen durfte, „so wurde er ausgestoßen und irgendwo auf dem Felde verscharrt“<sup>115</sup>).
- c) Hin und wieder ist die Frage aufgeworfen worden, ob auch größere Gemeinschaften, z. B. *christliche Gemeinden*, zentral gelenkte Wirtschaftsgebilde sein könnten. So meinte z. B. Johannes Chrysostomus in einer Predigt zu Konstantinopel: „Wenn alle Männer und alle Frauen all ihr Geld abgäben und alle ihre Felder, Besitzungen und Häuser übertrügen, so schätze ich, daß wohl eine Million Pfund Gold aufgebracht würde, ja sogar zwei- bis dreimal soviel. Es gibt hier in Konstantinopel schätzungsweise – abgesehen von den Ausländern und Juden – rund hunderttausend Christen, darunter fünfzigtausend Arme. Wie einfach wäre es, die Armen ausreichend mit allem zu versorgen.“ Du wirfst ein: „Was aber fangen wir an, wenn alles aufgebraucht ist?“ Johannes Chrysostomus antwortet: „Glaubst du im Ernst, daß dieser gewaltige Reichtum jemals aufgebraucht werden könnte?“ – Als sich Unruhe unter den Zuhörern zeigte, bemerkte Chrysostomus beschwichtigend: „Ich meine das nur theoretisch. Es

braucht sich also keiner aufzuregen, weder der Reiche noch der Arme.“<sup>116)</sup>

- d) Nach dem Sündenfall kommt für die Wirtschaft eines *Staates* nur die auf dem Privateigentum beruhende, sozial ausgerichtete marktwirtschaftliche Ordnung in Frage. Denn die Zentralverwaltungswirtschaft gefährdet die Freiheit und Würde des Menschen.

## *II. Begründung*

Gegen die Zentralverwaltungswirtschaft erhebt die katholische Soziallehre folgende Bedenken:

### *1) Selbstverantwortung und Eigeninitiative werden ausgeschaltet*

In der Marktwirtschaft gehen jeder einzelne Haushalt und jeder Betrieb nach ihren eigenen Plänen vor. Das entspricht der Verfügungsfreiheit und Selbständigkeit des Menschen. Das Privateigentum – auch an den Produktionsmitteln – trägt, wie das Zweite Vatikanische Konzil lehrt, zur „Selbstdarstellung der Person“ bei und vermittelt „den unbedingt nötigen Raum für eigenverantwortliche Gestaltung des persönlichen Lebens jedes einzelnen und seiner Familie“; es müsse gleichsam „als eine Art Verlängerung der menschlichen Freiheit“ betrachtet werden<sup>117)</sup>. Die Koordinierung der schier zahllosen Einzelpläne erfolgt auf dem Markt durch das Spiel von Angebot und Nachfrage, mit Hilfe des Geldes als gemeinsamer Recheneinheit. Die Marktwirtschaft ist deshalb ein Prozeß der Anpassung<sup>118)</sup>, was nicht ausschließt, daß auch in der Marktwirtschaft die Einzelpläne sich auf Daten und Vorgänge stützen, die in ihrem Zusammenspiel auf Koordinierung hinwirken.

In der Zentralverwaltungswirtschaft werden demgegenüber das Verfügungsrecht und die Eigeninitiative des einzelnen ausgeschaltet, so daß der Staat unaufhörlich gegen Trägheit und Arbeitsunlust ankämpfen, den Arbeitszwang einführen oder Elemente der marktwirtschaftlichen Ordnung (Löhne, Prämien usw.) übernehmen muß. W. A. Karpinskij kennzeichnet treffend diese Zusammenhänge, wenn er darlegt, daß Prämien, Urkunden, Abzeichen, Medaillen und Orden „überaus wichtige Erziehungsmittel“ seien, „welche die Werktätigen zur disziplinierten, gewissenhaften Erfüllung und Übererfüllung der Arbeitsaufgaben anregen und aufmuntern“. So erkläre es sich, daß es in der Sowjetunion in jedem Betrieb „200-Prozentler“, „300-Prozentler“ und manchmal sogar „1000-

Prozentler“ gebe<sup>119</sup>). Das kommunistische System, so meinte Thomas von Aquin, lasse sich am ehesten durchführen, wenn man die Arbeiter zu Sklaven mache, die man nach Belieben einer zentralen Lenkung unterordnen könne<sup>120</sup>). Die Erfahrung aller Zeiten, so schrieb Adam Smith, stimme darin überein, daß die durch Sklaven geleistete Arbeit, obwohl sie nur die Lebenshaltungskosten beanspruche, „letzten Ende die teuerste von allen ist“; denn „wer nichts für sich selbst erwerben darf, kann kein anderes Interesse haben, als möglichst viel zu essen und möglichst wenig zu arbeiten“<sup>121</sup>)

## 2) *Warnung vor der totalen planwirtschaftlichen Bürokratie*

An die Stelle der marktwirtschaftlichen Abgrenzung der Zuständigkeiten tritt in der Zentralverwaltungswirtschaft ein ungeheurer planwirtschaftlicher Apparat, dem alle unterworfen sind. In der Sowjetunion wird der Gesamtplan als Staatsgesetz veröffentlicht und auf die einzelnen Provinzen umgelegt. Die Provinzverwaltungen verteilen die Umlegungen auf die einzelnen Betriebe. „Davon ausgehend arbeitet der Betrieb den Plan für die Abteilungen aus, die ihn der Arbeitsgruppe in Form des Schichtauftrages und dem Arbeiter als Produktionsnorm zur Kenntnis bringen.“<sup>122</sup>) Wie leicht in diesem komplizierten bürokratischen System Störungen eintreten können, ist den Funktionären der russischen Planstellen bewußt. Immer wieder können die Pläne nicht erfüllt werden. Damit in diesem Falle nicht alles ins Stocken gerät, muß der Staat, wie J. Lukanin schreibt, „über große Reserven verfügen“<sup>123</sup>), ein Ziel, das auch im Inkareich angestrebt wurde.

Die katholische Soziallehre erhebt gegen dieses System ernste Bedenken. Gefährdet die Verbürokratisierung und das Versagen der Wirtschaftspläne nicht die Verwirklichung des Sachziels der Wirtschaft? Werden die Bürger im Interesse außerwirtschaftlicher Ziele, die von der Zentralverwaltung aufgestellt werden, nicht darben müssen?

## 3) *Die Zentralverwaltungswirtschaft ist die Wurzel sozialen Unfriedens*

Schon Thomas von Aquin hat im Anschluß an Aristoteles darauf hingewiesen, daß in einer kommunistischen Wirtschaft die arbeitenden Menschen murrend gegen die Funktionäre aufbegehren würden: Sie, die Arbeiter, müßten gegen karge Zuteilung schwer schuften, während die Funktionäre sich einen guten Tag machten und sich den Löwenanteil am Ertrag sicherten<sup>124</sup>).

Ober das Murren des Kollektivmenschen gegen die Funktionäre hat der ehemalige Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets, Michail

Iwanowitsch Kalinin, ungewollt ein Beispiel berichtet. Während eines Besuches in seinem Heimatdorf, einer Kolchose, ging Kalinin „in Begleitung von sechs oder sieben leitenden Dorffunktionären“ aufs Feld hinaus. „Als wir näherkamen, rief eine der arbeitenden Frauen, indem sie auf meine Begleiter wies: Michail Iwanowitsch, schau nur, wieviel Mannsleute du zum Rumspazieren aufs Feld gebracht hast, und wir Frauen können arbeiten! ... Ja, warum holt ihr sie denn nicht zum Arbeiten ran? fragte ich. Die sind nicht so leicht ranzukriegen, erklärten die Frauen. Da wandte ich mich an meine Begleiter: den Vorsitzenden und Sekretär des Dorfsowjets, den Vorsitzenden der Kollektivwirtschaft, die Komsomol- und Bildungsfunktionäre usw. und sagte ihnen, sie könnten getrost zwei Hektar Flachs schneiden, da die Leute ohnehin alle auf dem Felde seien und es daher für sie nichts im Dorf zu tun gäbe. Diese Entscheidung rief bei den Frauen stürmische Begeisterung hervor.“<sup>125)</sup>

#### 4) *Die Zentralverwaltungswirtschaft gefährdet die Freiheit und Würde des Menschen*

Die Zentralverwaltungswirtschaft bedeutet – vor allem bei dem gewaltigen Produktionsapparat der modernen Wirtschaft – eine ungeheure Machtballung, die, da der Mensch im argen liegt, schier unwiderstehliche Versuchungen des Machtmißbrauchs hervorrufen muß. Die *kleinen* Gemeinschaften der Familie und des Klosters sind zwar auch zentral gelenkte Wirtschaftsgebilde. Die Lenkung liegt jedoch in der Hand des Vaters und der Mutter, des Abtes und der Äbtissin. Da ist normalerweise der Machtmißbrauch ausgeschlossen. Wer jedoch an der Spitze einer staatlichen Zentralverwaltungswirtschaft steht, verfügt nicht nur über die wirtschaftliche, sondern auch die politische, militärische, propagandistische, kulturelle, sozialpolitische und polizeiliche Macht. Wenn der Staat zum einzigen Brotherrn wird, ist, wie Leo XIII. lehrte, die „Unversehrtheit und berechnigte Freiheit“ des Menschen bedroht, so daß man „das staatliche Zusammenleben eher verabscheuen als herbeiwünschen“ müßte<sup>126)</sup>

Papst Johannes Paul II. weist mit großem Ernst darauf hin, daß der marxistische Kollektivismus, der zum „proklamierten Klassenkampf“ aufruft, die „Diktatur des Proletariats“ errichten und das kommunistische System in der ganzen Welt einführen will, nicht in der Lage ist, den „Vorrang des Menschen“ vor dem „Instrument Kapital“ zu verwirklichen. Denn in diesem System ist der Mensch nicht in erster Linie Subjekt der Arbeit, sondern „eine Art Ergebnis der die betreffende Zeit prägen-

den Wirtschafts- und Produktionsverhältnisse“. Das Kapital gerät „in die direkte Kontrolle einer anderen Personengruppe“, die durch ihre „Machtposition“ über die gesamte Wirtschaft herrscht<sup>127</sup>).

Ist es nicht bestürzend, daß die Kirche in Polen die Menschenwürde der Arbeiter gegen ein System verteidigen muß, das sich einst gebrüstet hat, es werde den Arbeitern die „große Befreiung“ bringen?

Für die in den bolschewistischen Ländern verwirklichte Zentralverwaltungswirtschaft sind der Atheismus, der dialektische Materialismus und der säkularisierte Messianismus systemimmanent. Karl Marx nennt die Religion einen „mystischen Nebelschleier“, das „Machwerk des eigenen Kopfes“, das „Opium des Volkes“<sup>128</sup>). Wer sich mit Gott beschäftigt, so erklärt Lenin, „bespeit sich selbst auf die übelste Art“; denn „Religion ist Fusel“ – schlechter Schnaps<sup>129</sup>). Stalin behauptet, „daß die Welt sich nach den Bewegungsgesetzen der Materie entwickelt und keines Weltgeistes bedarf“<sup>130</sup>)

Nach den Gesetzen des dialektischen Materialismus entwickeln sich die Natur – vom Leblosen zum Leben – und die Gesellschaft – von der Sklaverei zur Hörigkeit, zum Proletariat und schließlich „zum neuen Menschen“. Leo Trotzki, eines der vielen Opfer Stalins, brach in den Jubel aus: „In jener Zeit wird der Mensch unvergleichlich stärker, klüger, freier sein. Sein Körper harmonischer, seine Bewegungen rhythmischer, seine Stimme musikalischer. Die Formen des Seins werden eine dynamische Theatralik gewinnen. Der menschliche Durchschnitt wird zum Niveau eines Aristoteles, Goethe, Marx emporsteigen. Ober diesem Berggrat werden sich neue Gipfel erheben.“

Es ist tragisch, daß sich der Bolschewismus der *slawischen Völker* bemächtigt hat, die auf dem Fundament der griechischen und römischen Antike zusammen mit den keltischen, romanischen und germanischen Völkern Europa aufgebaut haben, das im gemeinsamen christlichen Glauben seine Einheit gefunden hat. Der Bolschewismus versucht, die slawischen Völker vom christlichen Glauben und von Europa zu trennen. In seiner Enzyklika „Slavorum Apostoli“ zur 1100-Jahr-Feier der Heiligen Cyrill und Methodius fordert Papst Johannes Paul II., daß die slawischen Völker auch weiterhin „ohne Hindernisse“ und „im Einklang mit ihrem Gewissen“ den christlichen Glauben bekennen und leben dürfen<sup>131</sup>). Wie sehr die Christen in den bolschewistischen Ländern unter der religiösen Verfolgung leiden, haben noch jüngst die Katholiken der Tschechoslowakei an den beiden Wallfahrtsorten Velehrad und Lovoca vor aller Welt gezeigt.

## Anmerkungen

- 1) Dominikus Bañez, *Decisiones de jure et justitia*. Venedig 1595 (1. Auflage: Salamanca 1588), qu 77 art. 1, p. 350
- 2) Johannes de Lugo, *Disputationum de Justitia et Jure Tomus II*. Lugduni 1642, Disp. 26, sect. 12, Nr. 176
- 3) Konrad Summenhart, *De contractibus licitis atque illicitis*, Venedig 1580 (1. Auflage: Hagenaw 1500), Tract. III, qu. 65, Cor. II. p. 265
- 4) Ludwig Molina, *De Justitia et Jure* (1. Auflage 1593), Tr. II, Disp. 348, Nr. 8
- 5) Martin von Azpilcueta, *Enchiridion sive Manuale confessoriorum et poenitentium*, Paris 1607, c. 23, n. 80
- 6) a.a. O., Disp. 365, Nr. 9
- 7) Vgl. Wilhelm Weber, *Wirtschaftsethik am Vorabend des Liberalismus*. Münster/Westfalen 1959
- 8) Adam Smith, *Der Reichtum der Nationen*, 1776. 2. Buch, 3. Kapitel und 4. Buch, 9. Kapitel
- 9) ebd., 4. Buch, Kapitel 2
- 10) Vgl. Alexander Rüstow, *Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus als religionsgeschichtliches Problem*. 2. Auflage. Zürich 1950
- 11) a.a.O., 3. Buch, Kapitel 2
- 12) Enzyklika „*Laborem exercens*“, Nr. 7
- 13) Alexander Rüstow, *Zwischen Kapitalismus und Kommunismus*. In: *Ordo*, Band 2 (1949), S. 103 und 154
- 14) Max Horkheimer, *Die Sehnsucht nach dem ganz Anderen*. Hamburg 1970, S. 55
- 15) *Introduction* Nr. 8
- 16) Gerhart von Schulze-Gävernitz, *Die industrielle Revolution*. In: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Band 66 (1931), S. 240
- 17) Adam Müller, *Ausgewählte Abhandlungen*. Jena, 1921, S. 21
- 18) Peter Franz Reichensperger, *Die Agrarfrage*, Trier 1847, S. 199 f.
- 19) *Der Katholik*, Band 10 (1823), S. 97 f.
- 20) *Ausgewählte Abhandlungen*, S. 46 f.
- 21) *Historisch-politische Blätter*, Band 1 (1838), S. 150
- 22) Peter Franz Reichensperger, *Die Agrarfrage*, S. 208 f., 249
- 23) Zitiert: Paul Droulers, *L'Episcopat devant la question ouvrière en France sous la Monarchie de Juillet*, in: *Revue Historique*, Heft 466, 1963, Seite 346
- 24) Vgl. Thilo Ramm, *Der Frühsozialismus*. Stuttgart 1956, S. 83
- 25) *Historisch-politische Blätter*, Band 19 (1847), S. 522f.
- 26) *Historisch-politische Blätter*, Band 25 (1850), S. 794
- 27) *Historisch-politische Blätter*, Band 19 (1847), S. 141
- 28) *Historisch-politische Blätter*, Band 19 (1847), S. 760, 765 f.
- 29) Vgl. Joseph Höffner, *Adolph Kolping — Diakon des arbeitenden Volkes*. In: „*Die Großen Deutschen*“. Berlin 1958
- 30) Peter Franz Reichensperger, *Die Agrarfrage*, Trier 1847, S. 245
- 31) Enzyklika „*Laborem exercens*“, Nr. 7, 8, 13
- 32) *Briefwechsel Marx/Engels*. Band 4. Neudruck Berlin 1950, S. 272. — Karl Marx war oft bei seinem Vetter in Aachen und bei seinem Onkel, dem Fabrikanten Leonhard (Lion) Philips in Zalt-Bommel (Holland) zu Besuch. Die holländisch-jüdische Familie Philips gehört zu den Gründern der „*Philips-Werke*“, des

- heutigen Philips-Konzerns (F. J. Raddatz, Karl Marx. Hamburg 1975, S. 528).  
 „Der Briefwechsel zwischen Karl Marx und den Mitgliedern der Familie Philips ist bis heute noch nicht der Öffentlichkeit zugänglich“ (Herbert Lepper, Sozialer Katholizismus in Aachen. Mönchengladbach 1977, S. 129\*).
- 33) Andreas Müller, Der Konflikt um die Theologie der Befreiung. Herausgegeben vom Katholikenausschuß der Stadt Köln, 1985, S. 4
  - 34) Karl Marx, Das Kapital I. Neudruck Berlin 1947, S. 386, 483, 657
  - 35) Vgl. Wiard von Klopp, Die sozialen Lehren des Freiherrn von Vogelsang. 2. Auflage St. Pölten 1938, S. 287 ff.
  - 36) Franz Hitze, Kapital und Arbeit. Paderborn 1880, S. 442 f.
  - 37) Vgl. K. Paul Hensel, Ordnungspolitische Betrachtungen zur katholischen Soziallehre. In: Ordo, Band 2 (1949), S. 229 ff.
  - 38) Goetz Briefs, Grenzmodal in der pluralistischen Gesellschaft. In: Erhard-Festschrift. Frankfurt/M. 1957, S. 108
  - 39) Enzyklika „Mater et Magistra“, Nr. 40, 65
  - 40) Enzyklika „Quadragesimo anno“, Nr. 85
  - 41) Arbeiterfrage und Christentum. In: Kettelers Schriften. Band 3, 1911, S. 56 ff.
  - 42) Franz Hitze, Die soziale Frage und die Bestrebungen zu ihrer Lösung. Paderborn 1877, S. 214, 217
  - 43) Verhandlungen der 15. Generalversammlung der katholischen Vereine Deutschlands. Frankfurt 1863, S. 264 ff.
  - 44) Vgl. Franz Müller, Franz Hitze und sein Werk. Hamburg – Berlin – Leipzig 1928, S. 127
  - 45) Enzyklika „Laborem exercens“, Nr. 14
  - 46) Text der Rede in: Anton Retzbach, F. J. von Buß, 1928
  - 47) Peter Franz Reichensperger, Die Agrarfrage, S. 245 f.
  - 48) ebd., S. 253 ff.
  - 49) Adam Müller, Ausgewählte Abhandlungen. Herausgegeben von Jakob Baxa, Jena 1921, S. 69 f.
  - 50) Walter Vogel, Bismarcks Arbeiterversicherung, Braunschweig 1951, S. 133 f. und S. 154
  - 51) A. Rüstow, in: Junge Wirtschaft, 1960, Nr. 2, S. 5
  - 52) A. Rüstow, in: Junge Wirtschaft, 1960, Nr. 2, S. 5
  - 53) Enzyklika „Laborem exercens“, Nr. 8, 12
  - 54) Entwurf des Dokuments der Bischöfe der Vereinigten Staaten „Die katholische Soziallehre und die amerikanische Wirtschaft“, Nr. 242 und 248
  - 55) G. Weisser, in: Handbuch sozialdemokratischer Politik. Mannheim 1953, S. 64
  - 56) Vgl. Wilhelm Weber. Christlicher Sozialismus? Heft 7 „Kirche und Gesellschaft“, Mönchengladbach 1974
  - 57) Gaudium et spes, Nr. 63
  - 58) Enzyklika „Quadragesimo anno“, Nr. 75
  - 59) Enzyklika „Mater et Magistra“, Nr. 175 f.
  - 60) Enzyklika „Quadragesimo anno“, Nr. 88
  - 61) Enzyklika „Mater et Magistra“, Nr. 58
  - 62) ebd., Nr. 57
  - 63) de restitutione et contractibus. Ingolstadt 1581, S. 194 und S. 222
  - 64) Summula, Venedig 1581, S. 418
  - 65) Commentarius in totam II. II. S. Thomae, S. 538. – Vgl. Joseph Höffner, Wirtschaftsethik und Monopole im 15. und 16. Jahrhundert. 2. Aufl. Darmstadt 1969

- 66) Enzyklika „Quadragesimo anno“, Nr. 43
- 67) Enzyklika „Quadragesimo anno“, Nr. 42
- 68) Schriften des Vereins für soziale Politik, Band 88 (1900), S. 257 ff.
- 69) Summa theologica, II. II. qu. 77, a.4.c.
- 70) De Justitia et Jure (1. Aufl. 1593) Tract. II. Disp. 339, Nr. 2–6
- 71) Peter Koslowski, Ethik des Kapitalismus (Heft 87 der Vorträge und Aufsätze des Walter-Eucken-Instituts), Tübingen 1982, S. 62
- 72) Enzyklika „Laborem exercens“, Nr. 13–14
- 73) ebd., Nr. 20
- 74) Robert Dvorak, Technik, Macht und Tod, Hamburg 1948, S. 45 ff.
- 75) Friedrich Georg Jünger, Die Perfektion der Technik (1946). 2. Auflage, Frankfurt a. M. 1949, S. 19 ff.
- 76) Hans Sedlmayr, Verlust der Mitte, Salzburg 1948, S. 139 ff.
- 77) Constantin Virgil Gheorghiu, 25 Uhr, 3. Auflage, Stuttgart 1951, 62 ff.
- 78) Herbert Marcuse, Der eindimensionale Mensch. Neuwied 1967, S. 159
- 79) Enzyklika „Laborem exercens“, Nr. 5
- 80) Papst Johannes Paul II. in Deutschland. Predigten und Ansprachen. Bonn 1980, S. 31
- 81) Enzyklika „Laborem exercens“, Nr. 5
- 82) „Gaudium et spes“, Nr. 26
- 83) Zitiert in: Gide-Rist, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen. Jena 1921, S. 257
- 84) Enzyklika „Laborem exercens“, Nr. 17
- 85) Entwurf des Hirtenbriefes der amerikanischen Bischöfe „Die katholische Soziallehre und die amerikanische Wirtschaft“, Nr. 134, 269, 283
- 86) Enzyklika „Mater et Magistra“, Nr. 157
- 87) Enzyklika „Laborem exercens“, Nr. 18
- 88) „onerosi sumus mundo, vix nobis elementa sufficiunt ..., dum iam nos natura non sustinet“: Tertullianus, De anima, c. 30. In: Tertulliani Opera. Prag – Wien – Leipzig 1890, S. 350
- 89) „cum iam refertus est orbis et mundus impletus“: Cyprianus, De habitu virginum, c. 23
- 90) Vgl. Meyers Enzyklopädisches Lexikon, Band 6 (1972), S. 529
- 91) Vgl. Guy Sorman, La Revolution conservatrice américaine. Paris 1984
- 92) Guy Sorman, La Solution liberale. Paris 1985
- 93) Vgl. Karl Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie. Neudruck Berlin 1947, S. 13 f.
- 94) Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms (1875). Neudruck Berlin 1946, S. 29
- 95) ebd., S. 19 ff.
- 96) Karl Marx, Frühschriften, S. 361
- 97) Lenin, Ausgewählte Werke, Band 2. Moskau 1947, S. 232
- 98) Herbert Marcuse, Professoren als Regenten? In: Der Spiegel, Heft 35, 1967, S. 115
- 99) Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie“, S. 119
- 100) Clodovis Boff, Die kirchliche Soziallehre und die Theologie der Befreiung. In: Concilium, 1981, S. 777
- 101) Leonardo Boff, Die Neuentdeckung der Kirche. 2. Aufl., Mainz 1980, S. 74
- 102) Vgl. Luis Eaudin, L'Empire socialiste des Inka. Paris 1928
- 103) Lenin, Ausgewählte Werke II. Moskau 1947, S. 333

- 104) ebd., S. 646, 666 f.
- 105) ebd., S. 297
- 106) Vgl. den Bericht in der Neuen Zürcher Zeitung 7./8. Juli 1985
- 107) Eine Neuauflage mit einer Einführung von Boris Meissner ist im Manesse-Verlag zu Zürich 1985 erschienen
- 108) Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 4. Juni 1974
- 109) Vgl. die Berichte der Neuen Zürcher Zeitung vom 6. und 7./8. Juli 1985
- 110) „multa concupiscendo, omnia amisit“: L. A. Senecae Opera, Band 2, Ep. 90
- 111) Expositio in Ps. 118, Sermo 8,22 (Migne PL 15, 1303)
- 112) „tuum et meum frigidum hoc verbum“. In Ep I ad Tim., hom. 12,4 (Migne PG, 62, 562 ff.)
- 113) Summa Theol. I. 98. 1 ad 3
- 114) Mönchregel des heiligen Benedikt, Kapitel 34
- 115) Konrad und Tony Gatz, Der Deutsche Orden. Wiesbaden 1936, S. 120
- 116) In Acta Apost., hom. 11,3 (Migne PG 60, 97)
- 117) Gaudium et spes, Nr. 71
- 118) Vgl. Walter Eucken, Die zeitliche Lenkung des Wirtschaftsprozesses und der Aufbau der Wirtschaftsordnungen. In: Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik, Band 159 (1944), S. 206
- 119) W. A. Karpinskij, Das Sowjetland: Die Gesellschafts- und Staatsordnung. Berlin 1946, S. 146 f.
- 120) In Pol. II., 4
- 121) Adam Smith, Der Reichtum der Nationen. Band 1, Leipzig 1924. Buch 3, Kapitel 2
- 122) J. Luginin, Die Sowjetindustrie. Berlin 1947, S. 42
- 123) ebd., S. 50
- 124) „qui plus laborant, murmurarent de majoribus, quod parum laborantes multum acciperent, ipsi autem e contrario minus acciperent plus laborantes“: In Pol. II. lect. 4
- 125) Mijj. Kalinin, Die Macht des Sowjetstaates. Berlin 1946, S. 15
- 126) Enzyklika „Rerum novarum“, Nr. 10
- 127) Enzyklika „Laborem exercens“, Nr. 13–14
- 128) Das Kapital I, Berlin (1947), S. 85, 653, und: „Deutsch-Französische Jahrbücher“, 1844, S. 72
- 129) Lenin, Ausgewählte Werke II. Moskau 1947, Seiten 788, 790
- 130) Stalin, Über dialektischen und historischen Materialismus. In: Stalins Werke, S. 649f.
- 131) Enzyklika „Slavorum Apostoli“, 2. Juni 1985, Nr. 30